

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

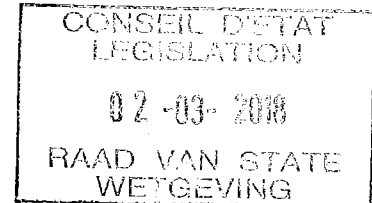
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

63084/4



Der für Beschäftigung zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

[Handwritten signature]

DEKRETVORENTWURF ZUR AKTIF- UND AKTIF PLUS-BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG

INHALTSANGABE

Das vorliegende Dekret soll zur Förderung von unterschiedlichen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Arbeitsuchenden beitragen, indem finanzielle Anreize zur Ausbildung und Einstellung dieser Arbeitsuchenden und zur Sicherung von Arbeitsplätzen geschaffen werden.

Handwritten signature and initials in the bottom right corner of the page.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Bemerkungen zu den Gutachten.....	5
Kommentar zu den Artikeln.....	5
Vorentwurf	21

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'J' followed by a large, sweeping 'S' and a small '1'.

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der vorliegende Dekretvorentwurf zielt darauf ab, die Arbeitslosigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu bekämpfen. Dies soll geschehen, indem effizientere Anreize für verschiedene Zielgruppen geschaffen werden, die aufgrund ihrer Profile auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Diese Unterstützung besteht insbesondere aus finanziellen Anreizen zur Förderung von Ausbildung und Einstellungen sowie zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Für den Zugang zur entsprechenden Förderung sind einheitliche Zugangskriterien festgelegt worden.

Im Sinne einer bestmöglichen Effizienz und Nutzbarkeit der Fördermaßnahme sowohl für die Arbeitsuchenden als auch für die potenziellen Arbeitgeber ist es von Bedeutung, Bürokratie abzubauen und die Maßnahmen administrativ so einfach und so transparent wie möglich zu gestalten.

Zur Umsetzung der horizontalen Zielsetzung, die Anzahl der bestehenden Beschäftigungsprogramme drastisch zu reduzieren, werden verschiedene bestehende Programme progressiv auslaufen und durch eine neugestaltete Beschäftigungsmaßnahme ersetzt.

Es wird zwei neue Fördermöglichkeiten für die Beschäftigung von Arbeitsuchenden, die „AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten“, geben. Das große „F“ steht jeweils für Förderung und soll unterstreichen, dass den Arbeitgebern für die Beschäftigung von Arbeitsuchenden, die dieser Kategorie angehören, Anrecht auf eine entsprechende Förderung gegeben wird. Da es sich hierbei um einen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft ausgezahlten Zuschuss handelt, wird dieser Zuschuss für AktiF-Berechtigte AktiF-Zuschuss und der für AktiF PLUS-Berechtigte AktiF PLUS-Zuschuss genannt.

AktiF-Berechtigte sind jüngere Arbeitsuchende, ältere Arbeitsuchende, Langzeitarbeitslose und Opfer von Umstrukturierungen. Der mit der Beschäftigung dieser Personen einhergehende „AktiF-Zuschuss“ stellt eine Anstoßbeihilfe für die Beschäftigung dieser Arbeitsuchenden dar.

AktiF PLUS-Berechtigte sind Arbeitsuchende, die mehrere Vermittlungshemmnisse vorweisen. Der mit der Beschäftigung dieser Personen einhergehende „AktiF PLUS-Zuschuss“ umfasst eine etwas höhere Förderung, da sich die Vermittlung dieser Arbeitsuchenden meist als schwieriger erweist.

Erfüllen die Arbeitsuchenden die entsprechenden Zuschussbedingungen, erhalten sie eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass sie entweder AktiF- oder AktiF PLUS-berechtigt sind. Die Zuordnung zum Zeitpunkt der Einstellung ist ausschlaggebend für die Förderung.

Im Dekret werden außerdem besondere Fördermöglichkeiten vorgesehen, falls die Beschäftigung in Kombination mit einer Ausbildungsmaßnahme erfolgt.

Diese allgemeinen Förderungen sind sektorenunabhängig. Sowohl Arbeitgeber des privaten kommerziellen Sektors als auch Arbeitgeber des nichtkommerziellen oder des öffentlichen Sektors können von dieser Förderung profitieren.



Des Weiteren gibt es eine besondere Förderung für die Beschäftigung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten, die bei VoG oder öffentlichen Behörden und bei lokalen Behörden beschäftigt werden. Diese Arbeitgeber können eine höhere und längerfristige Förderung erhalten, da diese Einrichtungen Aktivitäten ausüben, die in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen.

Ab dem 1. Januar 2019 soll es nur noch eine Auszahlung zugunsten des Arbeitgebers durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft geben. Abgesehen von der fortbestehenden LSS-Reduzierung für ältere Arbeitnehmer werden die derzeit bestehenden diversen Auszahlungsformen, Auszahlungsstellen und Budgets durch eine Auszahlung ersetzt.

Das Leitmotiv bei der Gestaltung einer Übergangsphase, in der zahlreiche bisherige Beschäftigungsmaßnahmen auslaufen werden, die im Rahmen des Dekrets aufgehoben werden, ist zunächst die Sicherung der aktuell geförderten Arbeitsplätze, ohne jedoch das Ziel der Implementierung der neuen Maßnahme aus den Augen zu verlieren.

Alle Neu-Einstellungen in den bestehenden Beschäftigungsprogrammen laufen bis zum Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets nach den Zugangs- und Förderkriterien des entsprechenden Beschäftigungsprogramms. Die Förderung läuft in diesen Fällen weiter bis zum Ende der jeweiligen Förderdauer oder des jeweiligen Arbeitsvertrags. Alle Neu- und Ersatzeinstellungen ab Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets erfolgen nach den neuen Zugangs- und Förderkriterien.

BEMERKUNGEN ZU DEN GUTACHTEN

Das Protokoll S8/2017 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 18. Dezember 2017 liegt vor.

Die Konzertierung mit den Gewerkschaften hat keinen Anlass zu Änderungen gegeben.

Die Gutachten des föderalen Beschäftigungsministers, des Landesamtes für soziale Sicherheit und des Öffentlichen Programmierungsdienstes Soziale Integration liegen vor und haben ebenfalls zu keinen Änderungen am Dekretvorentwurf geführt.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Gegenstand des vorliegenden Dekretvorentwurfs.

Artikel 2

Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 3

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretvorentwurfs und sorgt für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.



Nummer 3 sieht vor, dass lediglich unbeschäftigte Arbeitsuchende, die beim Arbeitsamt als unbeschäftigte Arbeitsuchende eingetragen sind, auf dem deutschen Sprachgebiet wohnhaft sind, nicht der Schulpflicht unterliegen und nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben, AktiF- oder AktiF PLUS-berechtigt sind. Um zu verhindern, dass Arbeitsuchende in ähnlichen Situationen ausgeschlossen sind, wird die Regierung im Absatz 2 ermächtigt, diesen unbeschäftigten Arbeitsuchenden gewisse Personen gleichzusetzen.

Nummer 4 definiert die Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt als den Zeitraum, der am Tag der Eintragung beim Arbeitsamt beginnt und während dessen der Arbeitsuchende keiner Beschäftigung nachgeht, weder im Rahmen eines Arbeitsvertrags, noch als statutarisches Personalmitglied, noch als Selbstständiger. Jedoch sind lediglich die hauptberuflich Selbstständigen ausgeschlossen und nicht nebenberuflich Selbstständige.

Die Regierung ist ermächtigt, Zeiträume vorzusehen, die der Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt gleichzusetzen sind. Damit ist beispielsweise die Ausführung eines Arbeitsvertrags von sehr kurzer Dauer gemeint.

Nummer 10 definiert die Bescheinigung des Arbeitsamtes, aus der hervorgeht, dass der Arbeitsuchende die AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschussbedingungen erfüllt.

Es kann zwei mögliche Situationen geben, die auf die Tatsache zurückzuführen sind, dass hier zwei verschiedene Bezuschussungssysteme (Aktivierungsmaßnahmen mit den einhergehenden LSS-Erleichterungen und BVA-System) in ein einheitliches System zusammengeführt werden:

a) Hat der Arbeitsuchende noch keinen Arbeitgeber gefunden, so wird die Situation an dem Tag bewertet, an dem er beim Arbeitsamt vorstellig wird und die Bescheinigung beantragt. Anhand dieser Bescheinigung kann der Arbeitsuchende bei der Arbeitsuche vorweisen, dass er die Zuschussbedingungen erfüllt, auf die der potentielle Arbeitgeber im Falle einer Einstellung Anrecht hätte, insofern die Einstellung innerhalb der Gültigkeitsperiode der Bescheinigung liegt;

b) Es ist jedoch auch möglich, dass der Arbeitsuchende schon einen Arbeitgeber gefunden hat und das Beschäftigungsverhältnis schon begonnen hat. In diesem Fall soll es möglich sein, während eines bestimmten Zeitraumes eine rückwirkende Bescheinigung auszustellen, die die Situation am Vortag des Arbeitsantritts bewertet. Das präzise Verfahren dieser Antragstellung wird im Kapitel 3 Abschnitt 2 sowie im Ausführungserlass näher beschrieben.

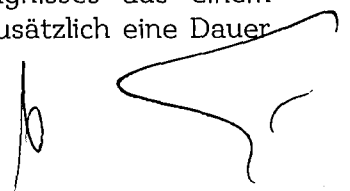
Artikel 4

Die Artikel 4 bis 7 legen die Zugangsbedingungen für AktiF-Berechtigte fest. AktiF-Berechtigte geben dem Arbeitgeber im Falle einer Einstellung Anrecht auf eine AktiF-Förderung.

AktiF-Berechtigte sind jugendliche und ältere Arbeitsuchende, Langzeitarbeitsuchende und Opfer von Umstrukturierungen.

In Artikel 4 werden die Zugangsbedingungen für jugendliche Arbeitsuchende beschrieben. Es wird zwischen niedrig- und mittelqualifizierten Jugendlichen unterschieden, die höchstens 25 Jahre alt sein dürfen.

Handelt es sich um mittelqualifizierte Jugendliche, das heißt höchstens Inhaber eines Abiturs, eines Gesellenzeugnisses oder eines gleichwertigen Zeugnisses aus einem anderen Teilstaat oder aus einem anderen Land, so müssen diese zusätzlich eine Dauer



der Arbeitslosigkeit von 6 Monaten aufweisen. Erlangt der Jugendliche möglicherweise innerhalb der nächsten 3 Monate einen höheren Abschluss als Abitur oder Gesellenzeugnis, so gehört er der Zielgruppe nicht an. Dies muss zum Zeitpunkt der Ausstellung der Bescheinigung geprüft werden.

Niedrigqualifizierte Jugendliche, das heißt diejenigen, die nicht Inhaber eines Abiturs oder eines Gesellenzeugnisses sind, und dies weder zum Zeitpunkt der Bescheinigung, noch innerhalb der nächsten 3 Monate, müssen keine Dauer der Eintragung vorweisen. Für sie reicht es, am Tag der Bescheinigung lediglich unbeschäftigte Arbeitsuchende zu sein. Ziel der Bestimmung ist es, dass Schulabgänger beziehungsweise Schulabbrecher schnellstmöglich gefördert werden können. Das gleiche gilt beispielsweise für niedrigqualifizierte Jugendliche, die ihre letzte Arbeitsstelle unfreiwillig verloren haben.

Die Tatsache, dass die niedrigqualifizierten Jugendlichen lediglich als unbeschäftigte Arbeitsuchende eingetragen sein müssen, ohne eine bestimmte Dauer der Eintragung vorzuweisen, darf jedoch nicht dazu führen, dass einfache Arbeitgeberwechsel bezuschusst werden, so dass diese Jugendlichen sich lediglich eintragen lassen mit dem Ziel, dem neuen Arbeitgeber Anrecht auf einen Zuschuss zu gewähren. Solche Situationen würden im Lichte des Dekrets in den Anwendungsbereich von Artikel 34 §2 fallen, der besagt, dass ein Zuschuss als nicht zielgerichtet gilt, wenn *„er durch die Rechtshandlung oder die Gesamtheit von Rechtshandlungen, die er gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einem Personalmitglied oder einer anderen Drittperson vornimmt, ein Geschäft bewirkt, durch das er Anspruch auf eine Bezuschussung im Rahmen einer Bestimmung des vorliegenden Dekrets erhebt und dessen Bewilligung im Widerspruch zu den Zielsetzungen dieser Bestimmung stehen würde, und das im Wesentlichen auf den Erhalt dieser Bezuschussung abzielt“*. Außerdem können besagte Jugendliche, die lediglich den Arbeitgeber wechseln und sich aus rein administrativen Gründen eintragen, um eine fiktive Arbeitslosigkeit zu erzeugen, mit dem Ziel einen Zuschuss zu erlangen, nicht als „unbeschäftigte Arbeitsuchende“ im Sinne von Artikel 6 §1 IX Nummer 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 bezeichnet werden.

Artikel 5

Artikel 5 legt die Zugangsbedingungen für die älteren Arbeitsuchenden fest.

Artikel 6

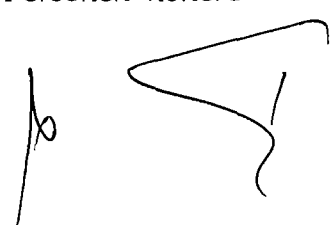
Artikel 6 beschreibt die Zugangsbedingungen für Langzeitarbeitsuchende.

Artikel 7

In Artikel 7 werden die Zugangsbedingungen für Arbeitnehmer beschrieben, die im Rahmen einer Umstrukturierung, eines Konkurses, einer Schließung oder einer Auflösung eines Unternehmens entlassen wurden.

Artikel 8

AktiF PLUS-Berechtigte geben dem Arbeitgeber im Falle einer Einstellung Anrecht auf einen AktiF PLUS-Zuschuss. Es handelt sich hierbei um Personen, die mehrere Vermittlungshemmnisse aufweisen. Aufgrund dessen sind für diese Personen höhere Zuschüsse und eine längere Förderdauer vorgesehen.

Handwritten signature and initials in the bottom right corner of the page.

Artikel 9

Dieser Artikel ermöglicht einen nahtlosen Zugang zur AktiF PLUS-Förderung, oder spätestens innerhalb von 6 Monaten, insofern der AktiF PLUS-Berechtigte die diesbezüglichen Zuschussbedingungen zu Beginn einer von der Regierung festgelegten Maßnahme zur sozial-beruflichen Integration erfüllt, das heißt zu diesem Zeitpunkt in Besitz der Bescheinigung ist. In diesem Fall muss der AktiF PLUS-Berechtigte zu Beginn des effektiven Arbeitsantritts beim Arbeitgeber nicht nochmals durch eine Bescheinigung des Arbeitsamts nachweisen, dass er die Bedingungen erfüllt. Die AktiF PLUS-Förderung erfolgt somit in diesem Fall automatisch im Anschluss an die Maßnahme zur sozial-beruflichen Integration und bietet einen Vorteil für die Anschlussvermittlung der betroffenen Personen. Die Anschlussvermittlung muss spätestens innerhalb von 6 Monaten nach Abschluss der vorerwähnten Maßnahme stattfinden. Andernfalls ist eine Bescheinigung erneut erforderlich.

Artikel 10

Artikel 10 legt den Anwendungsbereich für die allgemeinen AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse fest. In diesen Anwendungsbereich fallen alle Arbeitgeber des kommerziellen, des nichtkommerziellen sowie des öffentlichen Sektors, mit Ausnahme der Arbeitgeber, die nicht in den Anwendungsbereich des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer fallen. Ausgeschlossen sind somit Arbeitgeber im Ausland. Außerdem sind Arbeitgeber, die Arbeitnehmer im Rahmen von Leiharbeitsverträgen beschäftigen, ausgeschlossen.

Artikel 11

Der AktiF-Zuschuss wird dem Arbeitgeber für eine nicht erneuerbare Dauer von zwei Jahren gewährt. Der AktiF PLUS-Zuschuss hingegen für eine nicht erneuerbare Dauer von drei Jahren, da für Personen mit mehreren Vermittlungshemmnissen eine höhere und längerfristige Förderung angebracht ist.

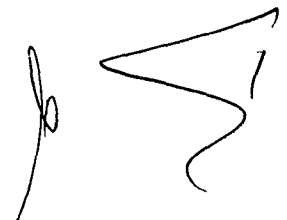
Die Dauer der Förderung ist nicht erneuerbar beim selben Arbeitgeber. Einem anderen Arbeitgeber kann dieselbe Person erneut Anrecht auf eine Förderung geben, insofern sie zum Zeitpunkt des Arbeitsantritts erneut die Zuschussbedingungen erfüllt.

Die Dauer kann außerdem nicht ausgesetzt werden. Wird ein AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigter ersetzt, so beginnt für diesen Ersatz die Zuschussperiode von vorne, insofern der Ersatz die Zuschussbedingungen erfüllt.

Für die Berechnung der Dauer wird der effektive Arbeitsantritt berücksichtigt und ist unabhängig der effektiv geleisteten Stunden.

Die betroffenen Personen sind während dieser Förderdauer im Rahmen eines Wiederbeschäftigungsprogramms gemäß Artikel 6 §1 IX Nummer 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen beschäftigt. Dies hat beispielsweise abweichende Kündigungsfristen für die Arbeitnehmer (sieben Tage) zur Folge.

Des Weiteren werden die Zuschusshöhen festgelegt, die im Rahmen von Kapitel 3 anwendbar sind. Die AktiF-Zuschüsse werden ab dem 13. vollständigen Monat reduziert, die AktiF PLUS-Zuschüsse ab dem 13. und ab dem 25. Monat. Mit vollständigem Monat ist der Kalendermonat gemeint. Der Anzahl effektiv geleisteter Tage wird für diese Berechnung keine Rechnung getragen.



Die Regierung kann weitere Bezuschussungsmodalitäten festlegen.

Artikel 12

Artikel 12 legt fest, dass jeder AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte, der eine verordnungsrechtliche betriebliche Ausbildungsmaßnahme beginnt und zu Beginn dieser Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung ist, im direkten Anschluss an diese Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt werden kann, ohne erneut eine Bescheinigung anzufragen, selbst wenn die Dauer der Ausbildungsmaßnahme über die Gültigkeitsdauer der Bescheinigung hinausgeht. Eine rückwirkende Bescheinigung ist in diesem Fall ausgeschlossen.

Artikel 13

Artikel 13 sieht abweichende Zuschusshöhen für den Arbeitgeber vor, insofern er den AktiF oder AktiF PLUS-Berechtigten im Rahmen einer bestimmten, von der Regierung festgelegten Ausbildungsmaßnahme einstellt und dieser zu Beginn dieser Ausbildungsmaßnahme die entsprechenden Zuschussbedingungen erfüllt. Ziel ist es, Ausbildungen im Betrieb zu fördern, indem die Zuschusshöhen erst später oder gar nicht reduziert werden.

Diese Förderung versteht sich als Ergänzung zu den bereits bestehenden Möglichkeiten der Ausbildungsförderung und kann mit ihnen kombiniert werden.

Erfolgt die Ausbildungsmaßnahme im Anschluss an eine Maßnahme zur sozial-beruflichen Integration oder spätestens innerhalb von 6 Monaten, muss der AktiF PLUS-Berechtigte zu Beginn der Ausbildungsmaßnahme nicht in Besitz der Bescheinigung sein, da er gemäß Artikel 9 Nummer 1 die Zugangsbedingungen schon zu Beginn der sozial-beruflichen Integration erfüllen musste. Eine weitere Überprüfung der Bedingungen findet somit vor Beginn des tatsächlichen Arbeitsverhältnisses nicht mehr statt.

Damit diese abweichenden Zuschusshöhen im Anschluss an diese Ausbildungsmaßnahme gewährleistet werden, muss die Ausbildungsmaßnahme bis zum Ende durchlaufen worden sein, jedoch nicht unbedingt erfolgreich.

Um diejenigen nicht zu benachteiligen, die diese Ausbildungsmaßnahmen vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets begonnen haben und die Zuschussbedingungen zu diesem Zeitpunkt erfüllt waren, kann die Regierung besondere Modalitäten vorsehen,

Artikel 14

Paragraf 1 bestimmt, dass die AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse monatlich ab dem Monat des Arbeitsantritts ausgezahlt werden. Es wird präzisiert, was unter Arbeitsantritt zu verstehen ist. Hierbei handelt es sich um kumulative Bedingungen.

Das Datum des Arbeitsantritts darf nicht vor dem Datum des Vertragsabschlusses liegen. Der Tag des Arbeitsantritts ist der, an dem der Arbeitnehmer tatsächlich beginnt zu arbeiten und seinen Arbeitsvertrag ausführt. Spätestens an diesem Tag muss die DIMONA-Erklärung eingereicht sein.

Wird der AktiF- oder AktiF-PLUS-Berechtigte gemäß Artikel 13 im Anschluss an eine Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt, ist mit dem Arbeitsantritt

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'S' shape with a vertical line through it and a small hook at the end.

der erste Tag im Rahmen des klassischen Arbeitsvertrags gemeint. Während der Ausbildungsmaßnahme wird lediglich ein Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Somit wird der Zuschuss erst im Anschluss an diese Ausbildungsmaßnahme ab dem Monat gezahlt, der dem Monat des Abschlusses dieser Maßnahme folgt und in dem der klassische Arbeitsvertrag gemäß dem Gesetz vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge vorliegt.

Paragraf 2 legt grundlegende Auszahlungsmodalitäten fest.

Paragraf 3 ermächtigt die Regierung, weitere Auszahlungs- und Indexierungsmodalitäten festzulegen.

Artikel 15

Der Zuschuss endet, wenn die entsprechende Dauer der Förderung abgelaufen ist oder der Arbeitsvertrag beendet wird.

Artikel 16

Um jeglichen Missbrauch zu bekämpfen, wird eine Bestimmung vorgesehen, die es den Arbeitgebern untersagt, einen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten einzustellen, der im Jahr vor der Beschäftigung beim selben Arbeitgeber oder bei einer mit ihm verbundenen Einrichtung beschäftigt war. Die einzige Ausnahme bilden Arbeitnehmer, die im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme einen Arbeitsvertrag beim selben Arbeitgeber hatten. Um zu ermitteln, ob es sich um ein verbundenes Unternehmen im Sinne des Dekrets handelt, dient als Referenz die Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Regierung kann festlegen, was unter diesen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu verstehen ist.

Artikel 17

Artikel 17 legt fest, dass die Zuschüsse durch den Arbeitgeber beantragt werden und welche Informationen der Antrag mindestens zu umfassen hat.

Die Regierung legt die weiteren Elemente und Informationen, die der Antrag umfasst sowie das Verfahren der Antragstellung und der Beschlussfassung fest.

Artikel 18

Dieser Artikel legt das Beschwerdeverfahren im Falle einer Ablehnung des Antrags fest und ermächtigt die Regierung, weitere Modalitäten diesbezüglich vorzusehen.

Artikel 19

Kapitel 4 ermöglicht in Analogie des bis zum 31. Dezember 2018 laufenden Systems der Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer (BVA), die Gewährung von besonderen Zuschüssen für VoG, bestimmte Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie für lokale Behörden. Diese sogenannten projektgebundenen Stellen und Konventionsstellen werden in den Bereichen gewährt, die über die Beschäftigungspolitik hinaus zum Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören. Aus diesem Grund



handelt es sich in diesem Kapitel um eine höhere und längerfristige Förderung. In Anwendung des Kontinuitätsprinzips ersetzen diese progressiv das BVA-System.

Im Abschnitt 1 präzisiert Artikel 19 den Anwendungsbereich für die projektgebundenen Stellen. Es handelt sich um bestimmte Arbeitgeber des nichtkommerziellen Sektors (VoG und gemeinnützige Stiftungen, die Aufgaben in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in damit verbundenen Bereichen wahrnehmen) und des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft wie die Dienste der Hauptverwaltung, Dienste mit getrennter Geschäftsführung und die Einrichtungen öffentlichen Interesses. Ausgeschlossen sind Krankenhäuser.

Artikel 20

Arbeitgeber, die in den Anwendungsbereich dieses Kapitels fallen, können für eine projektgebundene Stelle einen höheren Zuschuss für eine erneuerbare Dauer von fünf Jahren erhalten. Im Rahmen dieser projektgebundenen Stellen soll ein Nutzen für die Deutschsprachige Gemeinschaft existieren.

Zur Beantragung dieser Stellen ist ein ausführliches Antragsformular durch den Arbeitgeber auszufüllen und einzureichen. Anhand dieses Antragsformulars wird begutachtet, ob der Arbeitgeber Aufgaben in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in damit verbundenen Bereichen wahrnimmt. Dieses Verfahren wird in Artikel 23 festgelegt.

Ferner werden weitere Kriterien bei der Projektbegutachtung geprüft, wie beispielsweise der durch das Projekt gedeckte gesellschaftliche Bedarf in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die finanzielle Tragbarkeit des Vorhabens, der sozial und beruflich qualifizierende Aspekt, die Arbeitsmarktlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die Einhaltung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung durch den Arbeitgeber, die Einhaltung finanzieller Verpflichtungen durch den Arbeitgeber gegenüber dem Landesamt für soziale Sicherheit, der öffentlichen Hand im Allgemeinen und der Europäischen Union.

Bei der Begutachtung des Antrags wird auch geprüft, ob der antragstellende Arbeitgeber nicht bereits Finanzmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die beantragte Funktion/Stelle im Rahmen der Umwandlung der BVA-Arbeitsverträge in klassische Arbeitsverträge zum 1. Januar 2018 erhalten hat.

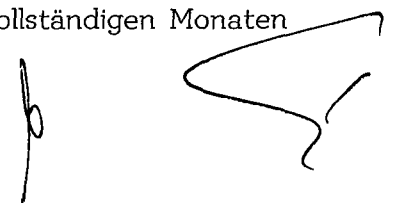
Die projektgebundenen Stellen werden unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel gewährt.

Die betroffenen Personen sind während der gesamten Förderdauer im Rahmen eines Wiederbeschäftigungsprogramms gemäß Artikel 6 §1 IX Nummer 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen beschäftigt. Dies hat beispielsweise abweichende Kündigungsfristen für die Arbeitnehmer (7 Tage) zur Folge.

Artikel 21

Artikel 21 legt die Zuschusshöhen für diese projektgebundenen Stellen fest.

Für jede Neueinstellung im Rahmen dieser projektgebundenen Stellen ist für das erste Förderjahr ein erhöhter Betrag vorgesehen, der jedoch nach 12 vollständigen Monaten

Handwritten signature and initials in black ink, located at the bottom right of the page.

Beschäftigung reduziert wird. Der erhöhte Zuschuss im ersten Förderjahr gilt lediglich im Falle einer Neueinstellung. Wird die Dauer erneuert, erhalten die bereits beschäftigten AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten weiterhin die Zuschüsse, die ab dem 13. Monat vorgesehen sind. Wird ein AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigter am Ende oder während des Arbeitsverhältnisses ersetzt, so wird für den Ersatz der erhöhte Zuschuss gewährt, insofern dieser die Zuschussbedingungen erfüllt.

Was Paragraf 3 angeht, wird auf den Kommentar zu Artikel 12 verwiesen.

Die Regierung kann präzisieren, was unter Neueinstellung zu verstehen ist und weitere Bezuschussungsmodalitäten vorsehen.

Artikel 22

Mit einem Verweis auf die Artikel 14 und 16 legt dieser Artikel die Bezuschussungsmodalitäten und -bedingungen fest.

Artikel 23

Artikel 23 legt fest, dass die Zuschüsse durch den Arbeitgeber beantragt werden und dass der Antrag mindestens Informationen über den Arbeitgeber, die Anzahl beantragter Stellen sowie eine Projektbeschreibung zu umfassen hat.

Absatz 2 ermächtigt die Regierung, weitere Modalitäten diesbezüglich vorzusehen.

Artikel 24

Artikel 24 legt den Anwendungsbereich für die Konventionsstellen bei den lokalen Behörden fest. In Analogie zum alten BVA-System handelt es sich um die gleichen lokalen Behörden, mit Ausnahme der Containerparks, da vor dem Hintergrund der Kofinanzierung der Wallonischen Region, für diese die ursprüngliche Rechtsgrundlage vorerst aufrechterhalten bleibt.

Artikel 25

Den lokalen Behörden steht weiterhin ein Budget zur Verfügung, im Rahmen dessen sie für die Beschäftigung AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten einen entsprechenden Zuschuss erhalten können. Dieses Budget wird den lokalen Behörden im Rahmen einer erneuerbaren Konvention, dessen Dauer fünf Jahre beträgt, gewährt. Die Regierung legt das den lokalen Behörden zur Verfügung stehende Budget nach objektiven Kriterien fest, indem dem Umstand Rechnung getragen wird, dass die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets beschäftigten BVA nahtlos in die neue Maßnahme übergehen können. In diesem Sinne sind unter objektiven Kriterien beispielsweise die effektive Inanspruchnahme der BVA-Zuschüsse oder die Arbeitslosenzahlen eines Referenzmonats zu verstehen.

Die betroffenen Personen sind während der gesamten Förderdauer im Rahmen eines Wiederbeschäftigungsprogramms gemäß Artikel 6 §1 IX Nummer 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen beschäftigt. Dies hat beispielsweise abweichende Kündigungsfristen für die Arbeitnehmer (7 Tage) zur Folge.

Artikel 26



Für jede Neueinstellung im Rahmen dieser Konventionsstellen ist für das erste Förderjahr ein erhöhter Betrag vorgesehen, der jedoch nach 12 vollständigen Monaten Beschäftigung reduziert wird. Der erhöhte Zuschuss im ersten Förderjahr gilt jedoch lediglich im Falle einer Neueinstellung. Wird die Dauer erneuert, erhalten die bereits beschäftigten AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten weiterhin die Zuschüsse, die ab dem 13. Monat vorgesehen sind. Wird ein AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigter am Ende oder während des Arbeitsverhältnisses ersetzt, so wird für den Ersatz der erhöhte Zuschuss gewährt, insofern dieser die Zuschussbedingungen erfüllt.

Was Paragraph 3 angeht, wird auf den Kommentar zu Artikel 12 verwiesen.

Die Regierung kann präzisieren was unter Neueinstellung zu verstehen ist und weitere Bezuschussungsmodalitäten vorsehen.

Artikel 27

Das von der Regierung festgelegte Budget wird den lokalen Behörden monatlich in Zwölftel als rückforderbarer Vorschuss gewährt.

Mit einem Verweis auf Artikel 16 legt dieser Artikel die Bezuschussungsbedingungen fest.

Artikel 28

Das den Gemeinden zur Verfügung stehende Budget kann anderen lokalen Behörden, die eine Tätigkeit innerhalb oder für die jeweilige Gemeinde ausüben, abgetreten werden.

Artikel 29

Die Artikel 29 bis 32 legen verschiedene Kumulierungsverbote fest. Eine Kumulierung mit Ermäßigungen der Sozialversicherungsbeiträge ist möglich, insofern dies nicht durch andere Vorschriften verboten ist, gemäß dem Prinzip der föderalen Loyalität. Jedoch ist dieser Artikel gemeinsam mit Artikel 62 zu lesen, der besagt, dass die im Rahmen der Übergangsbestimmungen gewährten Aktivierungen, Ermäßigungen oder sonstige Beihilfen nicht mit AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüssen kumuliert werden können.

Ein Arbeitgeber kann im Rahmen desselben Arbeitsvertrags weder AktiF-Zuschüsse mit anderen AktiF-Zuschüssen noch mit AktiF PLUS-Zuschüssen kumulieren. Es ist ebenfalls nicht möglich, im Rahmen desselben Arbeitsvertrags AktiF PLUS-Zuschüsse zu kumulieren.

Beschäftigt ein Arbeitgeber jedoch einen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten im Rahmen eines Teilzeitarbeitsvertrags in einer projektgebundenen Stelle oder einer Konventionsstelle in Anwendung von Kapitel 4, da beispielsweise lediglich eine Teilzeitstelle im Rahmen dieser Konventions- oder projektgebundenen Stelle frei ist, so ist es möglich, für denselben AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten einen (zeitlich befristeten) Zuschuss im Rahmen eines Teilzeitarbeitsvertrags in Anwendung von Kapitel 3 zu erhalten. Grundvoraussetzung ist, dass diese Person zu Beginn in Besitz einer gültigen Bescheinigung ist.

Artikel 30

A handwritten signature or mark, possibly a stylized 'P' or 'S', located at the bottom right of the page.

Es ist nicht gestattet, im Laufe einer Förderdauer von der allgemeinen Förderung in eine projektgebundene Stelle oder eine Konventionsstelle beim selben Arbeitgeber zu wechseln oder umgekehrt.

Artikel 31

Es ist untersagt, AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse mit Subventionen, die in Anwendung von Artikel 60 §7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren gewährt werden, zu kumulieren.

Artikel 32

Die Zuschüsse, die einem Arbeitgeber im Rahmen einer projektgebundenen Stelle oder einer Konventionsstelle gewährt werden, können nicht mit Dienstleistungsschecks kumuliert werden. Dies bedeutet, dass dem Arbeitgeber keine AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse gewährt werden können für Arbeitnehmer, deren Dienstleistungen bereits mit Dienstleistungsschecks bezahlt werden.

Artikel 33

Durch diesen Artikel wird die Regierung ermächtigt, weitere Kumulierungsverbote vorzusehen sowie Ausnahmen zu den bestehenden Verboten festzulegen.

Artikel 34

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die im vorliegenden Dekret festgelegten Verpflichtungen und Bedingungen einzuhalten und die in verschiedenen Rechtsbereichen auf den Arbeitgeber anwendbaren Vorschriften zu respektieren.

Paragraf 2 sieht eine Anti-Missbrauchsbestimmung vor, die es dem Arbeitgeber untersagt, nicht zielgerichtete Zuschüsse zu beziehen, indem er beispielsweise ein Personalmitglied entlässt, um eine andere Person einzustellen, die die Zuschussbedingungen erfüllt.

Der Arbeitgeber hat jedoch die Möglichkeit darzulegen, dass für seine Rechtshandlung andere Beweggründe als den Erhalt der Zuschüsse bestanden.

Die Regierung wird ermächtigt, die auf den Arbeitgeber anwendbaren Vorschriften zu präzisieren und weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Gewährung der Zuschüsse vorzusehen.

Artikel 35

Im Falle der Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen oder Bedingungen wird der betroffene Arbeitgeber aufgefordert, schriftlich Stellung zu beziehen.

Die Regierung kann den Arbeitgeber daraufhin in einem ersten Schritt ermahnen oder in Verzug setzen und die Zuschüsse aussetzen oder aufheben. Die Regierung legt das diesbezügliche Verfahren fest.

Je nach Tatbestand besteht die Möglichkeit, dass der Arbeitgeber zukünftig von der Anwendung des vorliegenden Dekrets ausgeschlossen wird. Die Regierung wird ermächtigt, diese Tatbestände festzulegen.

Handwritten signature and a large, stylized mark resembling a checkmark or a large '3'.

Artikel 36

Artikel 36 legt das Beschwerdeverfahren fest. Es besteht die Möglichkeit, innerhalb von einem Monat per Einschreiben Beschwerde bei der Regierung einzureichen.

Artikel 37

Die Kontrolle und Rückforderung der Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Artikel 38

Die Artikel 38 bis 40 sehen Strafbestimmungen vor, um betrügerische Handlungen zum Erhalt von Zuschüssen zu ahnden. In der Tat schaden solche Handlungen der gesamten Bevölkerung und setzen ihre finanziellen Interessen aufs Spiel, indem durch betrügerische Handlungen auf missbräuchliche Weise Zuschüsse bezogen werden, obwohl kein Anrecht auf diese besteht.

Der vorliegende Artikel sieht die Strafen bei Fälschung und bei Gebrauch gefälschter Urkunden vor.

Artikel 39

Dieser Artikel sieht dieselben Strafen bei unrichtigen oder unvollständigen Erklärungen vor.

Artikel 40

Dieser Artikel sieht dieselben Strafen bei Betrug vor.

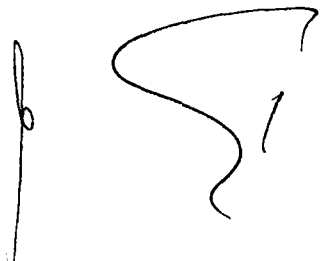
Artikel 41

Die strafrechtlichen Geldbußen unterliegen durch die Anwendung des Gesetzes vom 5. März 1952 über die Zuschlagzehntel auf strafrechtliche Geldbußen bereits einer Zuschlagsregelung. Dieser Artikel bestimmt, dass dieselben Zuschlagsregeln auch für administrative Geldbußen Anwendung finden und somit sowohl strafrechtliche Geldbußen als auch administrative Geldbußen denselben Zuschlagsregeln unterliegen. Durch den Verweis auf das Gesetz vom 5. März 1952 lässt sich in Zukunft auch vermeiden, dass die administrative Geldbußen jedes Mal gesondert angepasst werden müssen, wenn sich die Zuschlagsregeln für strafrechtliche Geldbußen ändern.

Artikel 42

Durch den vorliegenden Artikel soll gewährleistet werden, dass bei der strafrechtlichen oder administrativen Ahndung die durch das Sozialstrafgesetzbuch festgelegten Regeln gelten.

Artikel 43

A large, stylized handwritten mark, possibly a signature or a large letter 'S', is located in the bottom right corner of the page.

Bis zum 30. Juni des Jahres, das dem Jahr der Anwendung folgt, verfasst die Regierung einen Bericht über die Anwendung des vorliegenden Dekrets und übermittelt diesen dem Parlament.

Artikel 44

Durch diesen Artikel wird der Anwendungsbereich des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einführung einer Regelung für vom Staat bezuschusstes Vertragspersonal bei bestimmten lokalen Behörden auf die Containerparks beschränkt. Der vorerwähnte Königliche Erlass Nr. 474 stellt somit weiterhin die Rechtsgrundlage für bezuschusste Vertragsarbeitnehmer, die in Containerparks beschäftigt sind, dar.

Für alle anderen lokalen Behörden wird die Rechtsgrundlage somit ab dem 1. Januar 2019 aufgehoben. Allerdings ist dieser Artikel gemeinsam mit Artikel 51 Nummer 3, der den entsprechenden Ausführungserlass aufhebt, und mit Artikel 56 zu lesen, sodass die Zuschusshöhen für BVA, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, weiterhin anwendbar bleiben.

Artikel 45

Durch diesen Artikel sollen die Bestimmungen in Bezug auf die im Programmgesetz vom 30. Dezember 1988 erwähnten bezuschusten Vertragsarbeitnehmer aufgehoben werden. Allerdings ist dieser Artikel gemeinsam mit Artikel 51 Nummer 1, der den entsprechenden Ausführungserlass aufhebt und mit Artikel 54 zu lesen, sodass die Zuschusshöhen für BVA, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, weiterhin anwendbar bleiben.

In Anwendung von Artikel 55 bleiben für die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft organisierten, anerkannten oder subventionierten Bildungseinrichtungen das vorerwähnte Programmgesetz vom 30. Dezember 1988 sowie dessen Ausführungsbestimmungen vorübergehend in Kraft.

Artikel 46

Durch diesen Artikel soll der Anwendungsbereich des Dekrets vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik um das vorliegende Dekret und dessen Ausführungserlasse erweitert werden.

Aus Gründen der Textbereinigung wird Nummer 13 aufgehoben, da das dort vorgesehene Krisendekret im Rahmen des vorliegenden Dekrets aufgehoben wird.

Artikel 47

Artikel 47 nimmt zwei Änderungen an Artikel 339 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 vor. Einerseits wird das dort vorgesehene Mindestalter auf 55 Jahre angehoben und andererseits wird vorgesehen, dass die Zielgruppenermäßigung endet, sobald der ältere Arbeitnehmer das gesetzliche Pensionsalter erreicht hat.

Artikel 48 und 50

A handwritten signature or mark consisting of a vertical line on the left and a large, stylized 'S' or '5' shape on the right.

Durch diese Bestimmungen wird die Zielgruppenermäßigung für Langzeitarbeitslose, für junge Arbeitnehmer, sowie für Arbeitnehmer, die im Rahmen einer Umstrukturierung entlassen wurden, aufgehoben.

Dieser Artikel ist jedoch gemeinsam mit Artikel 53 zu lesen, sodass die Zielgruppenermäßigung für Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, weiterhin gewährt wird.

Artikel 49

Artikel 49 hebt aus Gründen der Textbereinigung zwei Bestimmungen auf, die im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise die Einführung eines Programms zur Beschäftigung von Arbeitnehmern im Gewerblichen Privatsektor ermöglicht haben. Diese Aufhebungsbestimmung tritt jedoch erst am 1. April 2020 in Kraft, da die entsprechenden Ausführungsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2018 gelten und die vor Ablauf dieses Erlasses genehmigten jährlichen Zuschüsse weiterhin, bis spätestens zum 31. März 2020 ausgezahlt werden.

Artikel 51

Artikel 51 hebt verschiedene Erlasse auf. Die Aufhebung dieser Erlasse durch das vorliegende Dekret und nicht durch einen entsprechenden Erlass ist dadurch begründet, dass den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die aktuell von diesen Maßnahmen betroffen sind, Rechtssicherheit gewährleistet wird.

Nummer 1 hebt den Erlass der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern auf. Für ausführliche Erklärungen wird auf Artikel 45 verwiesen.

Nummer 2 und Nummern 4 bis 6 heben den sogenannten Aktivaplan auf, der verschiedene Möglichkeiten der Aktivierung der Arbeitsunterstützung vorsieht. Dieser Artikel ist jedoch gemeinsam mit den Artikeln 58 und 59 zu lesen, sodass diese Aktivierungen für Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, weiterhin gewährt werden.

Nummer 3 hebt den Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen auf. Für ausführliche Erklärungen wird auf Artikel 44 verwiesen.

Nummer 7 hebt des Erlass der Regierung zur Einführung eines Programms zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer im gewerblichen Privatsektor auf. Diese Nummer tritt jedoch erst am 1. April 2020 in Kraft, da der Erlass bis zum 31. Dezember 2018 gilt und die vor Ablauf dieses Erlasses genehmigten jährlichen Zuschüsse weiterhin, bis spätestens zum 31. März 2020 ausgezahlt werden sollen.

Artikel 52

Dieser Artikel ermächtigt die Regierung Regelungen bezüglich der Einschränkung oder der teilweisen oder kompletten Aufhebung der SINE-Maßnahme vorzusehen.



Artikel 53

Durch diese Bestimmung wird gewährleistet, dass die Zielgruppenermäßigung für Langzeitarbeitslose, für junge Arbeitnehmer sowie für Arbeitnehmer, die im Rahmen einer Umstrukturierung entlassen wurden, weiterhin gewährleistet bleibt, insofern der Arbeitsantritt dieser Personen vor dem 1. Januar 2019 liegt.

Für jede Neueinstellung wird ab dem 1. Januar 2019 keine Zielgruppenermäßigung mehr gewährt, im Gegenzug ist jedoch die Gewährung eines AktiF-Zuschusses möglich, insofern die entsprechenden Bedingungen erfüllt sind.

Artikel 54

Durch die Bestimmung wird gewährleistet, dass die Arbeitnehmer, die in den Anwendungsbereich des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern fallen und deren Arbeitsantritt vor dem 1. Januar 2019 liegt, weiterhin die in diesem Erlass vorgesehenen Zuschüsse erhalten.

Die den betroffenen Arbeitgebern gewährte Anzahl Stellen bleibt den Arbeitgebern weiterhin gewährt, insofern sie die aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidende Person innerhalb von 6 Monaten durch einen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten im Rahmen einer projektgebundenen Stelle einstellen.

Artikel 55

Für die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft organisierten, anerkannten oder subventionierten Bildungseinrichtungen bleiben das vorerwähnte Programmgesetz vom 30. Dezember 1988 sowie dessen Ausführungsbestimmungen vorübergehend in Kraft.

Diese Übergangsbestimmung wird aufgehoben sobald die Reform der Stundenkapitalberechnung, in der die BVA-Stellen strukturell abgesichert werden, in Kraft tritt.

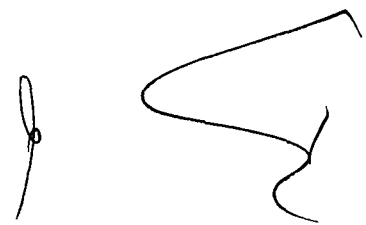
Artikel 56

Durch die Bestimmung wird gewährleistet, dass die Arbeitnehmer, die in den Anwendungsbereich des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen fallen und deren Arbeitsantritt vor dem 1. Januar 2019 liegt, weiterhin die in diesem Erlass vorgesehenen Zuschüsse erhalten.

Artikel 57

Arbeitgeber, die Arbeitnehmer im Rahmen des Erstbeschäftigungsabkommens beschäftigen und deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, erhalten weiterhin die in diesem Abkommen vorgesehene Beteiligung an den Lohnkosten. Jede Neueinstellung bzw. jeder Ersatz im Rahmen der im Abkommen gewährten Stellen muss innerhalb von 6 Monaten erfolgen und unterliegt den Bestimmungen bezüglich der in Kapitel 4 Abschnitt 1 vorgesehenen projektgebundenen Stellen.

Artikel 58

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'P' followed by a large, sweeping 'S' shape.

Dieser Artikel legt die Übergangsbestimmungen bezüglich der Arbeitnehmer fest, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten den vorliegenden Dekrets liegt, die im Rahmen der Aktiva- oder Aktiva Start-Maßnahme beschäftigt sind und die eine Arbeitsunterstützung erhalten. In diesem Fall wird ihnen diese Arbeitsunterstützung weiterhin gewährt.

Die Regierung kann weitere Übergangsmodalitäten festlegen, beispielsweise was die Ausstellung der Arbeitskarten angeht.

Artikel 59

Dieser Artikel legt fest, dass die Arbeitgeber, die Berechtigte im System der sozialen Eingliederung oder mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe im Rahmen der Aktiva-Maßnahme beschäftigen und für die sie eine finanzielle Intervention seitens der ÖSHZ erhalten, diese weiterhin erhalten für die Arbeitnehmer deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt.

Artikel 60

Arbeitgeber, die Arbeitnehmer im Rahmen eines Abkommens bezüglich der Beschäftigung von Jugendlichen im nichtkommerziellen Sektor beschäftigen, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, erhalten weiterhin die in diesem Abkommen vorgesehene Beteiligung an den Lohnkosten. Jede Neueinstellung bzw. jeder Ersatz im Rahmen der im Abkommen gewährten Stellen muss innerhalb von 6 Monaten erfolgen und unterliegt den Bestimmungen bezüglich der in Kapitel 4 Abschnitt 1 vorgesehenen projektgebundenen Stellen.

Artikel 61

Artikel 61 legt Übergangsbestimmungen fest, für Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz in das deutsche Sprachgebiet verlegen oder deren Beschäftigung in das deutsche Sprachgebiet verlegt wird.

Ziel dieser Bestimmung ist es, festzulegen, dass wenn diese Arbeitnehmer zu diesem Zeitpunkt in der Wallonischen Region, in der Flämischen Region oder in der Region Brüssel-Hauptstadt ehemals föderale Beschäftigungsbeihilfen erhalten, die durch das vorliegende Dekret aufgehoben werden, diese weiterhin für die ursprünglich vorgesehene Dauer gewährt werden.

Diese Bestimmung ist jedoch nur anwendbar, wenn der Arbeitsantritt dieser Arbeitnehmer vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt und wenn diese föderalen Beschäftigungsbeihilfen nicht durch die Region, in der der Arbeitnehmer vorher seinen Wohnsitz hatte (was die Aktivierungen angeht) oder seine Dienstleistungen erbracht hat (was die Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge angeht) aufgehoben wurden.

Artikel 62

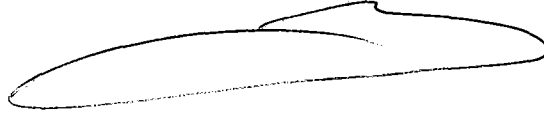
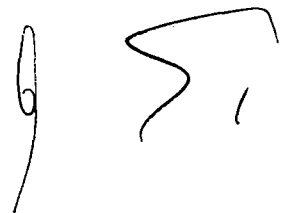
Die im Rahmen dieser Übergangsbestimmungen gewährten Aktivierungen, Ermäßigungen der Sozialversicherungsbeträge oder sonstige Beihilfen können nicht mit AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüssen kumuliert werden.

Artikel 63

Handwritten signature and a large, stylized mark resembling a triangle or a stylized letter 'A'.

Diese Bestimmung sieht das Inkrafttreten des Dekretentwurfs zum 1. Januar 2019 vor, mit Ausnahme des Artikels 49 und 51 Nummer 7, auf die für ausführlichere Erklärungen verwiesen wird.

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, sweeping loop followed by a smaller, more defined stroke.A handwritten signature in black ink, featuring a vertical line on the left and a series of connected loops on the right.

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Das vorliegende Dekret legt verschiedene Maßnahmen fest, um die Arbeitslosigkeit im deutschen Sprachgebiet zu bekämpfen und insbesondere jenen Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt und auf einen vollwertigen Arbeitsvertrag zu geben, die eine arbeitsmarktrelevante oder individuelle Beeinträchtigung aufweisen. Diese Maßnahmen bestehen aus finanziellen Anreizen zur Förderung von Ausbildung und Einstellung sowie zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Art. 2 – Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 – Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. ÖSHZ: öffentliche Sozialhilfezentren mit Sitz im deutschen Sprachgebiet;
3. unbeschäftigter Arbeitsuchender: natürliche Person, die:
 - a) beim Arbeitsamt als unbeschäftigter Arbeitsuchender eingetragen ist;
 - b) ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat;
 - c) nicht der Schulpflicht unterliegt;
 - d) nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht hat.
4. Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt: der Zeitraum, der am Tag der Eintragung als unbeschäftigter Arbeitsuchender beginnt und während dem der unbeschäftigte Arbeitsuchende weder durch einen Arbeitsvertrag gebunden ist, noch Arbeitsleistungen unter der Autorität einer anderen Person gemäß Artikel 1 Absatz 2 Nummer 1 des Gesetzes vom 16. März 1971 über die Arbeit erbringt, noch unter Statut ist, noch eine hauptsächliche Aktivität als Selbstständiger ausübt;
5. AktiF-Berechtigte: die in Kapitel 2 Abschnitt 1 beschriebenen unbeschäftigten Arbeitsuchenden, die die jeweiligen dort erwähnten Bedingungen erfüllen;
6. AktiF PLUS-Berechtigte: die in Kapitel 2 Abschnitt 2 beschriebenen unbeschäftigten Arbeitsuchenden, die die dort erwähnten Bedingungen erfüllen;
7. AktiF-Zuschuss: der Zuschuss, der dem Arbeitgeber jeweils für die Beschäftigung von AktiF-Berechtigten gewährt werden kann;
8. AktiF PLUS-Zuschuss: der Zuschuss, der dem Arbeitgeber jeweils für die Beschäftigung von AktiF PLUS-Berechtigten gewährt werden kann;
9. Arbeitgeber: die in Artikel 10, 19 und 24 erwähnten Personen und Einrichtungen;
10. Bescheinigung: das Dokument des Arbeitsamtes, das bescheinigt, dass der unbeschäftigte Arbeitsuchende die in Kapitel 2 erwähnten Zuschussbedingungen für AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte erfüllt und zwar:
 - a) zum Zeitpunkt der Ausstellung der Bescheinigung, insofern der unbeschäftigte Arbeitsuchende noch nicht eingestellt wurde oder;
 - b) am Vortag des Arbeitsantritts.

Die Regierung kann festlegen:

1. wer einem unbeschäftigten Arbeitsuchenden im Sinne von Absatz 1 Nummer 3 gleichzusetzen ist;
2. was einer in Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt gleichzusetzen ist;
3. was unter einer hauptsächlichen Aktivität als Selbstständiger zu verstehen ist;



4. welche die Gültigkeitsdauer der in Absatz 1 Nummer 10 erwähnten Bescheinigung ist.

KAPITEL 2 – ZUSCHUSSBEDINGUNGEN

Abschnitt 1 – AktiF-Berechtigte

Unterabschnitt 1 – Jugendliche Arbeitsuchende

Art. 4 – Unbeschadet des Absatzes 2 kann die Regierung einen AktiF-Zuschuss gewähren für die Beschäftigung von unbeschäftigten Arbeitsuchenden, die:

1. höchstens 25 Jahre alt sind;
2. höchstens im Besitz eines:
 - a) Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts sind und keiner Ausbildung folgen, die in den folgenden 3 Monaten zum Erhalt eines höheren Zeugnisses führt, oder;
 - b) Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre sind und keiner Lehre folgen, die in den folgenden 3 Monaten zum Erhalt eines höheren Zeugnisses führt, oder;
 - c) gleichwertigen Zeugnisses wie unter Buchstaben a) und b) eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates sind.
3. eine Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt von mindestens 6 Monaten vorweisen.

Die Regierung kann einen AktiF-Zuschuss gewähren für die Beschäftigung von unbeschäftigten Arbeitsuchenden, die:

1. höchstens 25 Jahre alt sind;
2. nicht im Besitz eines:
 - a) Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts sind, und keiner Ausbildung folgen, die in den folgenden 3 Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, oder;
 - b) Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre sind und keiner Lehre folgen, die in den folgenden 3 Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, oder;
 - c) gleichwertigen Zeugnisses wie unter Buchstaben a) und b) eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates sind.

Die Regierung kann zusätzliche Bedingungen für die Gewährung des in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Zuschusses festlegen.

Unterabschnitt 2 – Ältere Arbeitsuchende

Art. 5 – Die Regierung kann einen AktiF-Zuschuss gewähren für die Beschäftigung von unbeschäftigten Arbeitsuchenden, die:

1. mindestens 50 Jahre alt sind;
2. eine Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt von mindestens einem Monat vorweisen;
3. die letzte Arbeitsstelle unfreiwillig verloren haben.

Die Regierung kann:



1. festlegen, was unter unfreiwillig verlorener Arbeitsstelle im Sinne des vorliegenden Artikels zu verstehen ist;
2. zusätzliche Bedingungen für die Gewährung des in Absatz 1 erwähnten Zuschusses festlegen.

Unterabschnitt 3 – Langzeitarbeitsuchende

Art. 6 – Die Regierung kann einen AktiF-Zuschuss gewähren für die Beschäftigung von unbeschäftigten Arbeitsuchenden, die eine Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt von mindestens 12 Monaten vorweisen.

Die Regierung kann zusätzliche Bedingungen für die Gewährung des in Absatz 1 erwähnten AktiF-Zuschusses festlegen.

Unterabschnitt 4 – Opfer von Umstrukturierungen

Art. 7 – Die Regierung kann einen AktiF-Zuschuss gewähren für unbeschäftigte Arbeitsuchende, die in Anwendung von Artikel 31 des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen im Rahmen einer Umstrukturierung entlassen wurden, oder für unbeschäftigte Arbeitsuchende, die im Rahmen des Konkurses, der Schließung oder der Auflösung eines Unternehmens entlassen wurden.

Die Regierung kann zusätzliche Bedingungen für die Gewährung des in Absatz 1 erwähnten Zuschusses festlegen.

Abschnitt 2 – AktiF PLUS-Berechtigte

Art. 8 – Die Regierung kann einen AktiF PLUS-Zuschuss gewähren für die Beschäftigung von unbeschäftigten Arbeitsuchenden, die mindestens zwei Vermittlungshemmnisse aufweisen.

Als Vermittlungshemmnisse im Sinne von Absatz 1 gelten:

1. Aufweisen einer verminderten Arbeitsfähigkeit;
2. Vorweisen einer Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt von mindestens 24 Monaten;
3. Fehlen eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts bzw. eines Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre oder eines gleichwertigen Zeugnisses eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates;
4. Nicht-Erreichen des Niveaus B1 gemäß dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen in Deutsch und Französisch.

Die Regierung:

1. legt fest, was unter verminderter Arbeitsfähigkeit im Sinne des vorliegenden Artikels zu verstehen ist;
2. legt die Modalitäten zur Überprüfung dieser Vermittlungshemmnisse fest;
3. kann zusätzliche Bedingungen für die Gewährung des in Absatz 1 erwähnten Zuschusses festlegen.



Art. 9 – In Abweichung von Artikel 8 kann die Regierung eine Liste von Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration festlegen, nach deren Teilnahme durch einen AktiF PLUS-Berechtigten einem Arbeitgeber ein AktiF PLUS-Zuschuss gewährt wird, ohne nach Abschluss der vorerwähnten Maßnahme erneut in Besitz der Bescheinigung zu sein, unter der Bedingung, dass:

1. der AktiF PLUS-Berechtigte zu Beginn der vorerwähnten Maßnahme im Besitz Bescheinigung ist und;
2. der Arbeitgeber den AktiF PLUS-Berechtigten innerhalb von 6 Monaten nach der Teilnahme an der vorerwähnten Maßnahme einstellt.

Die Regierung legt die Minstdauer der Teilnahme an der in Absatz 1 erwähnten Maßnahme fest.

KAPITEL 3 – ALLGEMEINE ZUSCHÜSSE

Abschnitt 1 - Anwendungsbereich

Art. 10 – Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter Arbeitgeber jede natürliche oder juristische Person, die einen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten unter seiner Verantwortung und Autorität beschäftigt und entlohnt und einen Zuschuss im Rahmen des vorliegenden Dekrets und seinen Ausführungserlassen erhält.

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind nicht anwendbar auf Arbeitgeber, die:

1. Arbeitnehmer im Rahmen von Leiharbeitsverträgen gemäß Kapitel II des Gesetzes vom 24. Juli 1987 über die zeitweilige Arbeit, die Leiharbeit und die Arbeitnehmerüberlassung beschäftigen;
2. nicht in den Anwendungsbereich des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer fallen.

Abschnitt 2 - Dauer, Höhe und Auszahlung des Zuschusses

Art. 11 – §1 – Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung im Rahmen des vorliegenden Kapitels folgende Zuschüsse gewähren:

1. einen AktiF-Zuschuss für eine nicht erneuerbare Dauer von zwei Jahren;
2. einen AktiF PLUS-Zuschuss für eine nicht erneuerbare Dauer von drei Jahren.

§2 – Der in §1 Nummer 1 erwähnte AktiF-Zuschuss beträgt 500 Euro pro Monat.

Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF-Zuschuss 300 Euro pro Monat.

§3 – Der in §1 Nummer 2 erwähnte AktiF PLUS-Zuschuss beträgt 1.000 Euro pro Monat.

Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF PLUS-Zuschuss 600 Euro pro Monat.

Ab dem 25. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der

AktiF PLUS-Zuschuss 300 Euro pro Monat.

§4 – Die Regierung kann weitere Bezuschussungsmodalitäten festlegen.

Art. 12 – Ist ein AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigter zu Beginn einer verordnungsrechtlichen Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung und wird im Anschluss an diese Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt, ist eine Bescheinigung für die Gewährung des in Artikel 11 erwähnten Zuschusses nicht erneut erforderlich.

Art. 13 – §1 – Wird ein AktiF-Berechtigter im Anschluss an eine von der Regierung festgelegten Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt, beträgt der AktiF-Zuschuss während der gesamten in Artikel 11 Nummer 1 erwähnten Dauer 500 Euro pro Monat, insofern der AktiF-Berechtigte zu Beginn der Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung ist.

§2 – Wird ein AktiF PLUS-Berechtigter im Anschluss an die in §1 erwähnte Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt, beträgt der AktiF PLUS-Zuschuss 1.000 Euro pro Monat, insofern der AktiF PLUS-Berechtigte zu Beginn der Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung ist.

Ab dem 25. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF PLUS-Zuschuss 600 Euro pro Monat.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung den in den Absätzen 1 und 2 erwähnten AktiF PLUS-Zuschuss gewähren, ohne dass der AktiF PLUS-Berechtigte zu Beginn der in Absatz 1 erwähnten Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung ist, wenn er diese Ausbildungsmaßnahme im Anschluss, spätestens jedoch innerhalb von 6 Monaten, an die in Artikel 9 erwähnte Maßnahme beginnt.

§3 – Für die Anwendung von §§ 1 und 2 kann der AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschuss nur gewährt werden, wenn der AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte die dort erwähnte Ausbildungsmaßnahme bis zum Ende durchlaufen hat.

§4 – Die Regierung kann für die Anwendung des vorliegenden Artikels besondere Modalitäten für die Personen festlegen, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets eine in § 1 erwähnte Ausbildungsmaßnahme begonnen haben und zu diesem Zeitpunkt die in Kapitel 2 erwähnten Bedingungen erfüllen.

Art. 14 – §1 – Die in Artikel 11 erwähnten Zuschüsse werden ab dem Monat des Arbeitsantritts monatlich als rückforderbarer Vorschuss durch die Regierung gezahlt.

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels gilt als Arbeitsantritt der Tag, an dem:

1. der AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte tatsächlich eingestellt wird;
2. ein schriftlicher Arbeitsvertrag gemäß dem Gesetz vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge abgeschlossen ist;
3. die entsprechende Erklärung gemäß Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 5. November 2002 zur Einführung einer unmittelbaren Beschäftigungsmeldung in Anwendung des Artikels 38 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen eingereicht wurde.



§2 – Die monatlichen Zuschüsse entsprechen dem Resultat der Multiplikation des entsprechenden Zuschusses mit der Bruchzahl, deren Nenner die Anzahl Werktage des Monats entsprechend dem anzuwendenden Arbeitszeitregime darstellt und deren Zähler die Anzahl tatsächlicher oder gleichgestellter Arbeitstage, für die der Arbeitgeber ein Gehalt gezahlt hat, darstellt.

Im Fall einer Teilzeitbeschäftigung werden die Zuschüsse jeweils auf Grundlage der Arbeitsdauer im Verhältnis zu einer Vollbeschäftigungszeit beim betreffenden Arbeitgeber gekürzt.

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung die AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse mit einem Koeffizienten multiplizieren.

§3 – Die Regierung kann weitere Modalitäten der Auszahlung und Indexierung der Zuschüsse festlegen.

Art. 15 – Unbeschadet des Kapitels 6 endet die Gewährung des AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschusses, wenn:

1. die in Artikel 11 §1 erwähnte Dauer abgelaufen ist;
2. der Arbeitsvertrag beendet wird.

Art. 16 – Arbeitgeber, die einen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten einstellen, der im Jahr vor der Beschäftigung bei demselben Arbeitgeber oder bei einer mit ihm verbundenen Einrichtung beschäftigt war, mit Ausnahme von Arbeitnehmern, die beim selben Arbeitgeber oder bei einer mit ihm verbundenen Einrichtung im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt waren, werden nicht bezuschusst.

Die Regierung kann festlegen, was unter den in Absatz 1 erwähnten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu verstehen ist.

Abschnitt 3 – Antrags- und Beschwerdeverfahren

Art. 17 – Die Arbeitgeber können die Gewährung der Zuschüsse bei der Regierung beantragen. Der Antrag umfasst mindestens Informationen über den Arbeitgeber und den AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten sowie die Bescheinigung.

Die Regierung bestimmt:

1. die weiteren Elemente und Informationen, die der Antrag umfasst;
2. das Verfahren der Antragstellung und der Beschlussfassung.

Art. 18 – Der Arbeitgeber, dessen Antrag abgelehnt wurde, kann Beschwerde bei der Regierung einreichen. Diese Beschwerde erfolgt per Einschreiben innerhalb eines Monats ab der Notifizierung des betreffenden Beschlusses.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten des Beschwerdeverfahrens festlegen.

KAPITEL 4 – BESONDERE ZUSCHÜSSE

Abschnitt 1 – Projektgebundene Stellen



Unterabschnitt 1 – Anwendungsbereich

Art. 19 – Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts versteht man unter Arbeitgeber folgende Einrichtungen, die einen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten unter ihrer Verantwortung und Autorität beschäftigen und entlohnen:

1. die in Artikel 2 Nummer 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Einrichtungen;
2. die im Gesetz vom 27. Juni 1921 über die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die Stiftungen, die europäischen politischen Parteien und die europäischen politischen Stiftungen erwähnten Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht und gemeinnützigen Stiftungen mit Sitz im deutschen Sprachgebiet, insofern sie Aufgaben in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in damit verbundenen Bereichen wahrnehmen, mit Ausnahme der Krankenhäuser.

Unterabschnitt 2 – Dauer, Höhe und Auszahlung

Art. 20 – Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung gemäß den von ihr festgelegten Bedingungen einen AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschuss für eine erneuerbare Dauer von höchstens fünf Jahren gewähren, insofern der Arbeitgeber den AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten im Rahmen einer projektgebundenen Stelle beschäftigt.

Die Regierung bestimmt, was unter projektgebundener Stelle zu verstehen ist.

Art. 21 – §1 – Der in Artikel 20 erwähnte AktiF-Zuschuss beträgt im Falle einer Neueinstellung 1.000 Euro pro Monat.

Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF-Zuschuss 917 Euro pro Monat.

§2 – Der in Artikel 20 erwähnte AktiF PLUS-Zuschuss beträgt im Falle einer Neueinstellung 1.833 Euro pro Monat.

Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF PLUS-Zuschuss 1.750 Euro pro Monat.

§ 3 – Ist ein AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigter zu Beginn einer verordnungsrechtlichen Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung und wird im Anschluss an diese Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt, ist eine Bescheinigung für die Gewährung des in Artikel 11 erwähnten Zuschusses nicht erneut erforderlich

§4 – Die Regierung kann:

1. weitere Bezuschussungsmodalitäten festlegen;
2. festlegen, was unter Neueinstellung zu verstehen ist.

Art. 22 – Die Gewährung und Auszahlung der AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse erfolgt gemäß den in den Artikeln 14 und 16 festgelegten Modalitäten und Bedingungen.

Unterabschnitt 3 – Antragsverfahren



Art. 23 – Die Arbeitgeber können die Gewährung der Zuschüsse bei der Regierung beantragen. Der Antrag umfasst mindestens Informationen über den Arbeitgeber, die Anzahl beantragter Stellen sowie eine Projektbeschreibung.

Die Regierung bestimmt:

1. die weiteren Elemente und Informationen, die der Antrag umfasst;
2. das Verfahren der Antragstellung und der Beschlussfassung.

Abschnitt 2 – Konventionsstellen

Unterabschnitt 1 – Anwendungsbereich

Art. 24 – Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts versteht man unter Arbeitgeber folgende Behörden, die einen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten unter ihrer Verantwortung und Autorität beschäftigen und entlohnen:

1. die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets;
2. die Gemeindevereinigungen, mit Ausnahme der Gemeindevereinigungen mit wirtschaftlicher Zielsetzung und der Containerparks mit Sitz im deutschen Sprachgebiet;
3. die autonomen Gemeinderegionen mit Sitz im deutschen Sprachgebiet, die im Kultur-, Sport-, Tourismus- oder Freizeitbereich, im Unterrichtswesen, im sozialen, im wissenschaftlichen oder im Pflegebereich tätig sind;
4. die ÖSHZ, die Vereinigungen von ÖSHZ und die interkommunalen Sozialhilfezentren mit Sitz im deutschen Sprachgebiet;
5. die in Artikel 9 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes erwähnten Mehrgemeindepolizeizonen.

Die Regierung kann den Anwendungsbereich auf andere Behörden erweitern.

Unterabschnitt 2 – Dauer, Höhe und Auszahlung

Art. 25 – Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung gemäß der von ihr festgelegten Bedingungen im Rahmen eines Abkommens mit dem Arbeitgeber ein Budget für die Beschäftigung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten gewähren. Innerhalb der Grenzen dieses Budgets kann die Regierung AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse gewähren. Die Laufzeit dieses Abkommens beträgt jeweils höchstens fünf Jahre und ist erneuerbar.

Die Regierung legt das den Arbeitgebern zur Verfügung stehende Budget auf Grundlage objektiver Kriterien fest.

Art. 26 – §1 – Der in Artikel 25 erwähnte AktiF-Zuschuss beträgt im Falle einer Neueinstellung 1.000 Euro pro Monat.

Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF-Zuschuss 917 Euro pro Monat.

§2 – Der in Artikel 25 erwähnte AktiF PLUS-Zuschuss beträgt im Falle einer Neueinstellung 1.833 Euro pro Monat.



Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF PLUS-Zuschuss 1.750 Euro pro Monat.

§3 - Ist ein AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigter zu Beginn einer verordnungsrechtlichen Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung und wird im Anschluss an diese Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt, ist eine Bescheinigung für die Gewährung des in Artikel 11 erwähnten Zuschusses nicht erneut erforderlich.

§4 - Die Regierung kann:

1. weitere Bezuschussungsmodalitäten festlegen;
2. festlegen, was unter Neueinstellung zu verstehen ist.

Art. 27 - Das in Artikel 25 erwähnte Budget wird monatlich in Zwölfteln als rückforderbarer Vorschuss durch die Regierung gezahlt.

Die Gewährung der AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse erfolgt gemäß den in den Artikel 16 festgelegten Bedingungen.

Art. 28 - Das von der Regierung festgelegte Budget steht den in Artikel 24 Nummer 1 erwähnten Gemeinden zur vollständigen oder teilweisen Abtretung an andere Arbeitgeber, die eine Tätigkeit innerhalb oder für die jeweilige Gemeinde ausüben, zur Verfügung. Diese Abtretung wird im gemäß Artikel 25 vorgesehenen Abkommen festgehalten.

Diese Abtretung umfasst alle Rechte und Pflichten der Gemeinde im Rahmen des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlassen.

KAPITEL 5 - UNVEREINBARKEITEN

Art. 29 - Im Rahmen desselben Arbeitsvertrags können AktiF-Zuschüsse für die Beschäftigung eines AktiF-Berechtigten nicht miteinander kumuliert werden.

Im Rahmen desselben Arbeitsvertrags können AktiF PLUS-Zuschüsse für die Beschäftigung eines AktiF PLUS-Berechtigten nicht miteinander kumuliert werden.

Im Rahmen desselben Arbeitsvertrags können AktiF-Zuschüsse für die Beschäftigung eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten nicht mit AktiF PLUS-Zuschüssen kumuliert werden.

Art. 30 - Werden dem Arbeitgeber AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse in Anwendung von Kapitel 3 gewährt, ist für denselben AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten ein Wechsel in den Anwendungsbereich von Kapitel 4 nicht möglich.

Werden dem Arbeitgeber AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse in Anwendung von Kapitel 4 gewährt, ist für denselben AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten ein Wechsel in den Anwendungsbereich von Kapitel 3 nicht möglich.

Art. 31 - Die in Kapitel 3 und 4 erwähnten AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse können nicht mit Subventionen kumuliert werden, die in Anwendung von Artikel 60 §7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren gewährt werden.



Art. 32 – Die in Kapitel 4 erwähnten AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse können nicht mit den im Gesetz vom 20. Juli 2001 zur Förderung der Entwicklung von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen im Nahbereich erwähnten Dienstleistungsschecks kumuliert werden.

Art. 33 – Die Regierung kann weitere Kumulierungsverbote und Ausnahmen festlegen.

KAPITEL 6 – ERMAHNUNG, INVERZUGSETZUNG, AUSSETZUNG UND AUFHEBUNG DER ZUSCHÜSSE

Art. 34 – §1 – Die Gewährung der Zuschüsse ist an die Einhaltung der durch vorliegendes Dekret festgelegten Verpflichtungen und Bedingungen gebunden, die der Gewährung der AktiF- oder der AktiF PLUS-Zuschüsse zugrunde liegen.

Unbeschadet des Absatzes 1 ist die Gewährung der Zuschüsse an die Einhaltung der auf den Arbeitgeber anwendbaren Vorschriften in den Bereichen Nicht-Diskriminierung, Buchhaltung, Steuer-, Sozial-, und Arbeitsrecht gebunden.

§2 – Arbeitgeber, die Zuschüsse nicht zielgerichtet beziehen, werden nicht bezuschusst.

Es wird angenommen, dass ein Arbeitgeber einen Zuschuss nicht zielgerichtet im Sinne von Absatz 1 bezieht, wenn er durch die Rechtshandlung oder die Gesamtheit von Rechtshandlungen, die er gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einem Personalmitglied oder einer anderen Drittperson vornimmt, ein Geschäft bewirkt, durch das er Anspruch auf eine Bezuschussung im Rahmen einer Bestimmung des vorliegenden Dekrets erhebt und dessen Bewilligung im Widerspruch zu den Zielsetzungen dieser Bestimmung stehen würde, und das im Wesentlichen auf den Erhalt dieser Bezuschussung abzielt.

In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 gilt ein Zuschuss als zielgerichtet bezogen, wenn der Arbeitgeber nachweist, dass die Wahl der in Absatz 2 erwähnten Rechtshandlung oder Gesamtheit von Rechtshandlungen durch andere Gründe gerechtfertigt ist als dem Willen, Zuschüsse zu beziehen.

§3 – Die Regierung kann:

1. die in §1 Absatz 2 erwähnten Vorschriften präzisieren;
2. weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Gewährung der Zuschüsse festlegen.

Art. 35 – Stellt die Regierung fest, dass der Arbeitgeber eine oder mehrere Verpflichtungen oder Bedingungen nicht einhält, fordert sie ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, zu diesen Feststellungen schriftlich Stellung zu beziehen.

Unbeschadet der Anwendung der in Kapitel 7 vorgesehenen Strafbestimmungen und des Artikels 104 §3 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung einen Arbeitgeber ermahnen oder in Verzug setzen und die Gewährung der Zuschüsse zeitlich befristet aussetzen oder aufheben.

Die Regierung kann:

1. das Verfahren der Ermahnung, Inverzugsetzung, Aussetzung und Aufhebung festlegen;



2. eine Liste von Tatbeständen festlegen, deren Vorliegen den Arbeitgeber auf unbestimmte Zeit von der Anwendung des vorliegenden Dekrets ausschließt.

Art. 36 – Der Arbeitgeber, dessen Zuschüsse ausgesetzt oder aufgehoben wurden, kann Beschwerde bei der Regierung einreichen. Diese Beschwerde erfolgt per Einschreiben innerhalb eines Monats ab der Notifizierung des betreffenden Beschlusses.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten des Beschwerdeverfahrens festlegen.

Art. 37 – Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse und ggf. deren Rückforderung erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

KAPITEL 7 – STRAFBESTIMMUNGEN

Art. 38 – Wird mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis zu 3.000 Euro bestraft, wer mit dem Ziel, einen unrechtmäßigen Zuschuss zu erlangen beziehungsweise erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten beziehungsweise aufrechterhalten zu lassen:

1. Urkundenfälschung begangen hat entweder durch Fälschung von Unterschriften oder durch Nachmachen oder Verfälschen von Urkunden oder Unterschriften oder durch Anfertigung von Vereinbarungen, Verfügungen, Verbindlichkeiten oder Entlastungen beziehungsweise durch ihre Aufnahme in eine Urkunde oder durch Hinzufügung oder Verfälschung von Klauseln, Erklärungen oder Umständen, die diese Urkunde enthalten oder feststellen sollte;

2. von einer gefälschten Urkunde oder von einem gefälschten Schriftstück Gebrauch gemacht hat;

3. eine Fälschung begangen hat, indem er Daten, die durch ein Datenverarbeitungssystem gespeichert, verarbeitet oder übertragen werden, in ein Datenverarbeitungssystem eingegeben, geändert oder gelöscht hat oder indem er mit anderen technologischen Mitteln die mögliche Verwendung der Daten in einem Datenverarbeitungssystem geändert hat, wodurch die rechtliche Tragweite solcher Daten verändert wurde;

4. von den auf diese Weise erhaltenen Daten Gebrauch gemacht hat, wohl wissend, dass sie gefälscht sind.

Art. 39 – Wird gemäß Artikel 38 bestraft, wer wissentlich und willentlich:

1. eine unrichtige oder unvollständige Erklärung abgegeben hat, um einen unrechtmäßigen Zuschuss zu erlangen beziehungsweise erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten beziehungsweise aufrechterhalten zu lassen;

2. versäumt oder sich geweigert hat, eine Erklärung, zu der er verpflichtet ist, abzugeben oder die Informationen, die er erteilen muss, zu erteilen, um einen unrechtmäßigen Zuschuss zu erlangen beziehungsweise erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten beziehungsweise aufrechterhalten zu lassen;

3. infolge einer in Nummer 1 erwähnten Erklärung, des Versäumnisses oder der Weigerung, eine Erklärung abzugeben oder Informationen zu erteilen, die in Nummer 2 erwähnt sind, oder einer in Artikel 38 erwähnten Urkunde beziehungsweise Handlung einen Zuschuss, auf den er keinen Anspruch oder nur teilweise Anspruch hatte, erhalten hat.



Art. 40 – Wird gemäß Artikel 38 bestraft, wer mit dem Ziel, entweder einen unrechtmäßigen Zuschuss zu erlangen beziehungsweise erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten beziehungsweise aufrecht erhalten zu lassen, falsche Namen, falsche Eigenschaften oder falsche Adressen gebraucht hat oder jede andere betrügerische Handlung angewandt hat, um das Vorhandensein einer nicht bestehenden Person, eines nicht bestehenden Unternehmens, oder jedes anderen fiktiven Ereignisses vorzutäuschen oder um auf andere Weise das Vertrauen zu missbrauchen.

Art. 41 – Die in Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 5. März 1952 über die Zuschlagzehntel auf strafrechtliche Geldbußen erwähnten Zuschlagzehntel sind auf die im vorliegenden Kapitel erwähnten administrativen Geldbußen anwendbar.

Im Fall einer administrativen Geldbuße gibt die Regierung in ihrer Entscheidung die Multiplikation infolge des vorerwähnten Gesetzes vom 5. März 1952 und die sich aus dieser Erhöhung ergebende Zahl an.

Art. 42 – Bei der Ahndung der in vorliegendem Kapitel erwähnten Verstöße sind die Bestimmungen aus Buch I Titel 6 Kapitel 3 und 4 des Sozialstrafgesetzbuchs anwendbar.

KAPITEL 8 – BERICHTERSTATTUNG

Art. 43 – Die Regierung verfasst jährlich zum 30. Juni des Jahres, das dem Jahr der Anwendung folgt, einen Bericht über die Anwendung des vorliegenden Dekrets. Sie übermittelt dem Parlament diesen Bericht.

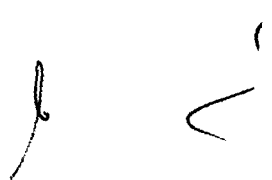
KAPITEL 9 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 44 – Artikel 1 Absatz 1 des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einführung einer Regelung für vom Staat bezuschusstes Vertragspersonal bei bestimmten lokalen Behörden, abgeändert durch das Dekret vom 27. April 2009, wird wie folgt ersetzt:
„Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses gilt als lokale Behörde ein Containerpark, der sich als eingezäuntes, ordnungsmäßig zugelassenes und überwachtes Gelände zum selektiven Sammeln von Abfällen versteht, wo diese sortiert und je nach ihrer Beschaffenheit in Container verteilt und im Anschluss in Verwertungs- oder Beseitigungszentren abtransportiert werden, je nachdem ob sie noch wiederverarbeitungsfähig sind oder nicht.“

Art. 45 – Im Programmgesetz vom 30. Dezember 1988 sind aufgehoben:

1. Titel III Kapitel II, das die Artikel 93 bis 101 umfasst, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 24. April 2014;
2. Titel III Kapitel IIter, das den Artikel 101quater umfasst, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007.

Art. 46 – Artikel 1 Absatz 1 des Dekrets der wallonischen Region vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 13 wird aufgehoben;
 2. folgende Nummer 26 wird eingefügt:
- 

„26. das Dekret vom ****Datum des vorliegenden Dekrets**** zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung sowie dessen Ausführungserlasse“.

Art. 47 – Artikel 339 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, zuletzt abgeändert durch ****Programmdekret 2018****, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 Nummer 2 wird die Zahl „54“ durch die Zahl „55“ ersetzt;
2. folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Die Zielgruppenermäßigung endet am ersten Tag des Trimesters, das dem Trimester folgt, in dem die Arbeitnehmer das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben.“

Art. 48 – Im selben Programmgesetz sind aufgehoben:

1. die Artikel 340 und 341;
2. Titel IV Kapitel 7 Abschnitt 3 Unterabschnitt 5, der die Artikel 346 und 347 umfasst, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2012;
3. Titel IV Kapitel 7 Abschnitt 3 Unterabschnitt 7, der den Artikel 353bis umfasst, eingefügt durch das Gesetz vom 22. Dezember 2003 und abgeändert durch die Gesetze vom 19. Juni 2009 und vom 4. Juli 2011.

Art. 49 – Die Artikel 9 und 10 des Krisendekrets vom 19. April 2010 sind aufgehoben.

Art. 50 – Im Königlichen Erlass vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge sind aufgehoben:

1. Artikel 7;
2. Artikel 8, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 21. Januar 2004 und vom 28. März 2007;
3. Artikel 9, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 21. Januar 2004, vom 17. Juli 2013 und vom 26. Januar 2014;
4. Artikel 10, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 21. Januar 2004 und vom 28. März 2007;
5. Artikel 11, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 21. Januar 2004 und vom 28. März 2007;
6. Artikel 13;
7. Artikel 14bis Absatz 1, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 21. Januar 2004 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 28. März 2007;
8. Titel III Kapitel V, das die Artikel 17 bis 20 umfasst, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 24. Januar 2013;
9. Titel III Kapitel VII, das die Artikel 28/1 bis 28/1ter umfasst, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 18. August 2011.

Art. 51 – Sind aufgehoben:

1. der Erlass der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017;
2. der Königliche Erlass vom 19. Dezember 2001 zur Förderung der Beschäftigung Langzeitarbeitssuchender, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 22. Juni 2017;
3. der Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017;



4. der Königliche Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen des Aktivaplanes eingestellt wird, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 23. Dezember 2002, vom 11. September 2003 und vom 1. April 2004;

5. der Königliche Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen des Aktivaplanes eingestellt wird, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 23. Dezember 2002 und vom 1. April 2004;

6. der Königliche Erlass vom 29. März 2006 zur Ausführung von Artikel 7 §1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer zur Förderung der Beschäftigung von geringqualifizierten oder sehr geringqualifizierten Jugendlichen, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 20. Juli 2006 und vom 2. Mai 2007;

7. der Erlass der Regierung vom 29. April 2010 zur Einführung eines Programms zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer im gewerblichen Privatsektor, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 29. September 2017.

Art. 52 – Die Regierung kann Regeln festlegen, die ganz oder teilweise die Bestimmungen bezüglich der Aktivierung der Arbeitsunterstützung und bezüglich der Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge einschränken oder aufheben, die durch folgende Texte festgelegt sind:

1. den Königlichen Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

2. den Königlichen Erlass vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser;

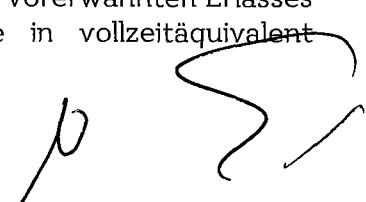
3. den Königlichen Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird;

4. den Königlichen Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird;

5. den Königlichen Erlass vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge.

Art. 53 – Für die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, werden den Arbeitgebern weiterhin die Zielgruppenermäßigungen gewährt, wie sie in den Artikeln 340 bis 341, 346, 347 und 353bis des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 oder in deren Ausführungsbestimmungen, in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 festgelegt sind.

Art. 54– Unbeschadet der Anwendung von Artikel 55 unterliegen Arbeitgeber, die Arbeitnehmer beschäftigen im Rahmen des Erlasses der Regierung der Wallonischen Region vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, für diese Arbeitnehmer der Anwendung des vorliegenden Dekrets, mit Ausnahme der Höhe der jährlich zahlbaren Prämien, welche weiterhin der Anwendung der Artikel 4 und 5 des vorerwähnten Erlasses in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 unterliegen. Die in vollzeitäquivalent



ausgedrückte Anzahl Stellen, die den Arbeitgebern in Anwendung des vorerwähnten Erlasses gewährt wurden, bleiben den Arbeitgebern nach Ende des Arbeitsverhältnisses mit den vorerwähnten Arbeitnehmern weiterhin während 6 Monaten gewährt, insofern eine Neueinstellung innerhalb dieser Frist in Anwendung von Kapitel 4 Abschnitt 1 des vorliegenden Dekrets erfolgt.

Art. 55 – Für die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft organisierten, anerkannten oder subventionierten Bildungseinrichtungen bleiben die in Titel III Kapitel II des Programmgesetzes vom 30. Dezember 1988 erwähnten Bestimmungen sowie die entsprechenden Ausführungsbestimmungen in ihrer jeweiligen Fassung vom 31. Dezember 2018 weiterhin in Kraft.

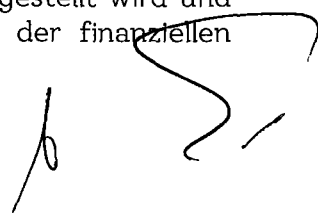
Art. 56 – Arbeitgeber, die Arbeitnehmer beschäftigen im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, unterliegen für diese Arbeitnehmer der Anwendung des vorliegenden Dekrets, mit Ausnahme der Höhe der Zuschüsse, welche weiterhin der Anwendung der Artikel 5 bis 7 des vorerwähnten Erlasses der Regierung in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 unterliegen.

Art. 57 – Arbeitgeber, die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, im Rahmen einer Vereinbarung zum Erstbeschäftigungsabkommen Globalprojekt „Assistenz im Rahmen von Projekten der Sozialökonomie“ beschäftigen, welche in Anwendung des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 zur Förderung der Beschäftigung und des Königlichen Erlasses vom 30. März 2000 zur Ausführung der Artikel 26, 27 Absatz 1 Nr. 2, 30, 39 §1 und §4 Absatz 2, 40 Absatz 2, 40bis Absatz 2, 41, 43 Absatz 2 und 47 §1 Absatz 5 des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 zur Förderung der Beschäftigung beschäftigen, erhalten weiterhin die gemäß dieser Vereinbarung vorgesehene Beteiligung an den Lohnkosten bis zu dem Moment, an dem das Arbeitsverhältnis mit diesen Arbeitnehmern endet. Die in vollzeitäquivalent ausgedrückte Anzahl Stellen, die den Arbeitgebern im Rahmen der vorerwähnten Vereinbarung gewährt wurden, bleiben den Arbeitgebern nach Ende des Arbeitsverhältnisses mit den vorerwähnten Arbeitnehmern weiterhin während 6 Monaten gewährt, insofern eine Neueinstellung innerhalb dieser Frist in Anwendung von Kapitel 4 Abschnitt 1 des vorliegenden Dekrets erfolgt.

Art. 58 – Die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, erhalten die Arbeitsunterstützung weiterhin gemäß den im Königlichen Erlass vom 19. Dezember 2001 zur Förderung der Beschäftigung Langzeitarbeitssuchender erwähnten Bedingungen und gemäß den im Königlichen Erlass vom 29. März 2006 zur Ausführung von Artikel 7 §1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer zur Förderung der Beschäftigung von geringqualifizierten oder sehr geringqualifizierten Jugendlichen in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 erwähnten Bedingungen.

Die Regierung legt die weiteren Übergangsmodalitäten fest.

Art. 59 – Für die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, werden den Arbeitgebern weiterhin die finanzielle Intervention der ÖSHZ, gemäß den im Königlichen Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen des Aktivaplanes eingestellt wird und den im Königlichen Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen



Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen des Aktivaplanes eingestellt wird, in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 erwähnten Bedingungen gewährt.

Art. 60 – Arbeitgeber, die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, im Rahmen eines bilateralen Abkommens bezüglich der Beschäftigung von Jugendlichen im nichtkommerziellen Sektor, in Anwendung von Artikel 7 des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 beschäftigen, erhalten weiterhin die gemäß dieser Abkommen vorgesehene Beteiligung an den Lohnkosten bis zu dem Moment, an dem das Arbeitsverhältnis mit diesen Arbeitnehmern endet. Die in vollzeitäquivalent ausgedrückte Anzahl Stellen, die den Arbeitgebern im Rahmen des vorerwähnten Abkommens gewährt wurden, bleiben den Arbeitgebern nach Ende des Arbeitsverhältnisses mit den vorerwähnten Arbeitnehmern weiterhin während 6 Monaten gewährt, insofern eine Neueinstellung innerhalb dieser Frist in Anwendung von Kapitel 4 Abschnitt 1 des vorliegenden Dekrets erfolgt.

Art. 61 - Ein Arbeitnehmer, der in einer anderen Region eine Aktivierung der Arbeitsunterstützung in Anwendung von ehemals föderalen Bestimmungen erhält, die durch oder in Ausführung des vorliegenden Dekrets nach dessen Arbeitsantritt aufgehoben werden, und der seinen Wohnsitz in das deutsche Sprachgebiet verlegt, erhält weiterhin die vorerwähnte Aktivierung der Arbeitsunterstützung gemäß den in den ehemals föderalen Bestimmungen vorgesehenen Bedingungen in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018.

Ein Arbeitnehmer, der in einer anderen Region eine Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge in Anwendung von ehemals föderalen Bestimmungen erhält, die durch oder in Ausführung des vorliegenden Dekrets nach dessen Arbeitsantritt aufgehoben werden, und dieser in eine Niederlassungseinheit auf dem deutschen Sprachgebiet verlagert wird oder, falls sein Arbeitgeber keine Niederlassungseinheit in Belgien besitzt, er hauptsächlich auf dem deutschen Sprachgebiet beschäftigt ist, erhält weiterhin die vorerwähnte Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge gemäß den in den ehemals föderalen Bestimmungen vorgesehenen Bedingungen in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018.

Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn der Arbeitsantritt des Arbeitnehmers, für den jeweils die Aktivierung der Arbeitsunterstützung oder die Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge gewährt wurde, erfolgt ist, nachdem die Region, in der sich sein Wohnsitz oder die Niederlassungseinheit, in der er beschäftigt war, befand, die dort vorgesehenen ehemals föderalen Bestimmungen aufgehoben hat.

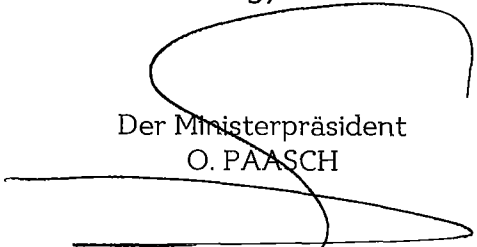
Art. 62 – Die im Rahmen dieses Kapitels gewährten Zuschüsse, Ermäßigungen und Beihilfen können nicht mit AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüssen kumuliert werden.

Art. 63 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2019 in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 46 Nummer 1, Artikel 49 und Artikel 51 Nummer 7, die am 1. April 2020 in Kraft treten.

Eupen, den ...

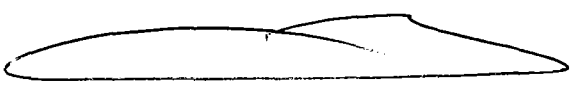
Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Handwritten signature and initials in black ink, located at the bottom right of the page.



Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS



GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

**Avant-projet de décret relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir
l'emploi**

CONTENU

Le présent décret vise à soutenir les demandeurs d'emploi désavantagés de diverses manières sur le marché du travail en mettant en place des incitations financières destinées à la formation et à l'engagement de ceux-ci, ainsi qu'à assurer la sécurité de l'emploi.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales.....	4
Remarques concernant l'avis.....	5
Commentaire des articles.....	5
Avant-projet	21

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent avant-projet de décret vise à lutter contre le chômage en Communauté germanophone. Pour atteindre cet objectif, il convient de mettre en place des incitations efficaces pour différents groupes-cibles qui, en raison de leur profil, sont désavantagés sur le marché de l'emploi. Ce soutien comprend notamment des incitations financières destinées à promouvoir la formation et l'engagement, ainsi qu'à assurer la sécurité de l'emploi. Pour avoir accès à l'aide appropriée, des critères homogènes ont été fixés.

Afin d'assurer une efficacité et une utilisation optimales de la mesure de soutien tant pour les demandeurs d'emploi que pour les employeurs potentiels, il est essentiel de réduire la bureaucratie et d'organiser lesdites mesures, d'un point de vue administratif, de la manière la plus simple et la plus transparente possible.

Afin de mettre en place ces objectifs horizontaux et de réduire drastiquement le nombre de programmes pour l'emploi existants, certains d'entre eux disparaîtront progressivement pour être remplacés par une mesure favorisant l'emploi remodelée.

Deux nouvelles possibilités de subventionnement pour l'occupation de demandeurs d'emploi, « bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS », seront mises en place. En allemand, le « F » venant de « Förderung » (littéralement, soutien) dans le nom de la mesure tend à souligner que les employeurs qui occupent des demandeurs d'emploi appartenant à cette catégorie auront droit à une aide appropriée. Comme il s'agit ici d'une subvention liquidée par la Communauté germanophone, elle sera appelée « subvention AktiF » pour les bénéficiaires des mesures AktiF et « subvention AktiF PLUS » pour ceux des mesures AktiF PLUS.

Les bénéficiaires des mesures AktiF englobent les jeunes demandeurs d'emploi, les demandeurs d'emploi âgés, les chômeurs de longue durée et les victimes de restructurations. La « subvention AktiF » qui accompagne la mise à l'emploi de ces personnes représente une incitation financière pour l'occupation de ces demandeurs d'emploi.

Les bénéficiaires des mesures AktiF PLUS sont des demandeurs d'emploi qui font face à plusieurs obstacles. La « subvention AktiF PLUS » qui accompagne la mise à l'emploi de ces personnes comprend une aide quelque peu supérieure, car la plupart du temps, le placement de ces demandeurs d'emploi se révèle plus difficile.

Si les demandeurs d'emploi remplissent les conditions de subventionnement correspondantes, ils reçoivent une attestation qui établit qu'ils sont bénéficiaires des mesures soit AktiF, soit AktiF PLUS. L'attribution au moment de l'engagement est déterminant pour l'octroi de l'aide.

Le présent décret prévoit en outre d'autres possibilités de subventionnement spécifiques dans le cas où l'occupation s'effectue en association avec une mesure de formation.

Ces aides générales dépendent des secteurs. Tant les employeurs du secteur privé que ceux des secteurs non marchand et public peuvent profiter de ces aides.

En outre, une aide spécifique est mise en place pour l'occupation de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS occupés par une asbl ou par les autorités publiques et pouvoirs locaux. Ces employeurs peuvent obtenir une aide plus élevée et à plus long terme, car ces institutions exercent des activités qui relèvent des compétences de la Communauté germanophone.

À partir du 1^{er} janvier 2019, il n'y aura plus qu'une seule liquidation au bénéfice de l'employeur, effectuée par le Ministère de la Communauté germanophone. Indépendamment de la réduction ONSS pour travailleurs âgés, qui sera maintenue, les points et formes de paiement existants actuellement ainsi que le budget seront remplacés par une seule liquidation.

Par la mise en place d'une période transitoire, au cours de laquelle de nombreuses mesures en faveur de l'emploi prendront fin – mesures abrogées dans le cadre du présent décret –, l'objectif est d'abord d'assurer les emplois subventionnés actuellement sans toutefois perdre de vue l'intégration de la nouvelle mesure.

Tous les nouveaux engagements dans le cadre des programmes pour l'emploi existants courent jusqu'à l'entrée en vigueur du présent décret et s'effectuent selon les critères d'accès et de subventionnement dudit programme pour l'emploi correspondant. Dans ces cas, l'aide continue à être octroyée jusqu'à la fin de la période de soutien correspondante ou du contrat de travail correspondant. À partir de l'entrée en vigueur du présent décret, tous les nouveaux engagements et remplacements s'effectueront selon les nouveaux critères d'accès et de subventionnement.

REMARQUES CONCERNANT L'AVIS

Le comité de secteur XIX de la Communauté germanophone a établi son protocole S8/2017 le 18 décembre 2017.

La concertation avec les syndicats n'a pas donné lieu à des modifications.

Le Ministre fédéral de l'Emploi, l'Office national de sécurité sociale et le Service public fédéral Intégration sociale ont rendu leur avis, qui n'ont pas non plus donné lieu à des modifications de l'avant-projet d'arrêté.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Le présent article précise l'objet du présent avant-projet de décret.

Article 2

Les qualifications de personnes s'appliquent aux deux sexes.

Article 3

Cet article donne une définition des termes utilisés dans le présent avant-projet de décret et assure ainsi la compréhension cohérente des dispositions correspondantes.

Le 3° prévoit que seuls les demandeurs d'emploi inoccupés qui sont inscrits comme tels auprès de l'Office de l'emploi, qui ont leur domicile en région de langue allemande, qui ne sont pas soumis à l'obligation scolaire et qui n'ont pas atteint l'âge légal de la retraite sont considérés comme des bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS. Pour éviter que les demandeurs d'emploi se trouvant dans des situations similaires soient exclus, le Gouvernement est habilité, dans l'alinéa 2, à assimiler certaines personnes à des demandeurs d'emploi inoccupés.

Le 4° définit la durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi comme étant la période prenant cours le jour de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi et pendant laquelle celui-ci n'est pas occupé, ni dans le cadre d'un contrat de travail, ni dans une relation statutaire, ni en tant qu'indépendant. Toutefois, seuls les indépendants à titre principal sont exclus ; ceci ne concerne donc pas les indépendants à titre complémentaire.

Le Gouvernement est habilité à prévoir des périodes pouvant être assimilées à la durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi. Ceci inclut, par exemple, l'exécution d'un contrat de travail de très courte durée.

Le 10° définit l'attestation de l'Office de l'emploi qui certifie que le demandeur d'emploi remplit les conditions d'octroi des subventions AktiF ou AktiF PLUS.

Deux situations possibles peuvent se présenter, situations qui découlent du fait que deux systèmes de subventionnement différents (les mesures d'activation et les réductions ONSS qu'elles impliquent ainsi que le système des TCS) soient ici fondés en un seul et unique :

a) Si le demandeur d'emploi n'a pas encore trouvé d'employeur, sa situation est évaluée le jour où il se présente à l'Office de l'emploi et où il demande l'attestation. Le demandeur d'emploi peut, au moyen de cette attestation, prouver lors de sa recherche d'emploi qu'il remplit les conditions de subventionnement auquel l'employeur potentiel a droit en cas d'engagement, et ce, pour autant que cet engagement s'opère pendant la période de validité de l'attestation;

b) Il est aussi toutefois possible que le demandeur d'emploi ait déjà trouvé un employeur et que la relation de travail ait déjà commencé. Dans un tel cas, l'établissement rétroactif d'une attestation devrait être possible pendant une période déterminée, attestation évaluant la situation à la veille de l'entrée en service. Des précisions concernant la procédure de demande sont données dans le chapitre 3, section 2, ainsi que dans l'arrêté d'exécution.

Article 4

Les articles 4 à 7 fixent les conditions d'accès pour les bénéficiaires des mesures AktiF. Dans le cas d'un engagement, les bénéficiaires des mesures AktiF ouvrent le droit, pour l'employeur, à une subvention AktiF.

Les bénéficiaires des mesures AktiF englobent les jeunes demandeurs d'emploi, les demandeurs d'emploi âgés, les chômeurs de longue durée et les victimes de licenciements collectifs.

Dans l'article 4 sont exposées les conditions d'accès pour les jeunes demandeurs d'emploi. Une distinction est faite entre les jeunes peu et moyennement qualifiés qui ne peuvent avoir plus de 25 ans.

S'il s'agit de jeunes moyennement qualifiés, c'est-à-dire qui sont porteurs, au plus, d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur, d'un certificat d'aptitudes

professionnelles de l'apprentissage ou de tout autre diplôme équivalent délivré par une autre entité fédérée ou un autre pays, ils doivent en plus prouver qu'ils sont au chômage depuis six mois. Si le jeune a la possibilité d'obtenir, dans les trois prochains mois, un diplôme supérieur au certificat de l'enseignement secondaire supérieur ou au certificat d'aptitudes professionnelles de l'apprentissage, il ne fait pas partie du groupe-cible. Cette possibilité doit être vérifiée lors de l'établissement de l'attestation.

Les jeunes peu qualifiés, c'est-à-dire qui ne sont porteurs ni d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur, ni d'un certificat d'aptitudes professionnelles de l'apprentissage – ni au moment de l'attestation, ni dans les trois prochains mois – ne doivent pas prouver de durée d'inscription. Il leur suffit d'être, au jour de l'établissement de l'attestation, demandeurs d'emploi inoccupés. L'objectif de cette disposition est de pouvoir soutenir le plus rapidement possible les élèves qui quittent l'école ou qui sont en décrochage scolaire, selon le cas. Ceci s'applique également, par exemple, aux jeunes peu qualifiés qui ont perdu leur emploi involontairement.

Le fait que des jeunes peu qualifiés doivent seulement être inscrits comme demandeurs d'emploi inoccupés sans devoir prouver une durée précise d'inscription ne doit toutefois pas mener au subventionnement de simples changements d'employeurs, de sorte que ces jeunes se laisseraient uniquement inscrire pour que le nouvel employeur ait droit à une subvention. De telles situations relèveraient, à la lumière du décret, du champ d'application de l'article 34, § 2, qui précise qu'une subvention est indûment perçue si « *l'employeur réalise, par l'acte juridique ou l'ensemble des actes juridiques qu'il pose, le cas échéant, en collaboration avec un membre du personnel ou un autre tiers, une opération par laquelle il ouvre le droit à un subventionnement dans le cadre d'une disposition du présent décret dont l'octroi serait en contradiction avec l'objectif de ladite disposition, et qui vise essentiellement le bénéfice de ce subventionnement* ». En outre, lesdits jeunes qui changent seulement d'employeur et qui s'inscrivent pour des raisons purement administratives afin de faire naître un chômage fictif dans le but d'obtenir une subvention, ne peuvent être désignés comme « demandeurs d'emploi inoccupés » au sens de l'article 6, § 1^{er}, IX, 2^o, de la loi spéciale du 8 août 1980.

Article 5

L'article 5 fixe les conditions d'accès pour les demandeurs d'emploi âgés.

Article 6

L'article 6 décrit les conditions d'accès pour les chômeurs de longue durée.

Article 7

Dans l'article 7 sont exposées les conditions d'accès pour les travailleurs qui ont été licenciés dans le cadre de la restructuration, de la faillite, de la fermeture ou de la dissolution d'une entreprise.

Article 8

Dans le cas d'un engagement, les bénéficiaires des mesures AktiF PLUS ouvrent le droit, pour l'employeur, à une subvention AktiF PLUS. Il s'agit, dans ce cadre, de personnes qui font face à plusieurs obstacles. En conséquence, des subventions plus élevées et une période de soutien plus longue sont prévues pour ces personnes.

Article 9

Le présent article permet un accès immédiat à la subvention AktiF PLUS, ou au plus tard dans un délai de six mois, pour autant que le bénéficiaire des mesures AktiF PLUS remplissent les conditions de subventionnement s'y rapportant au début d'une mesure destinée à l'intégration socioprofessionnelle fixée par le Gouvernement, c'est-à-dire que ledit bénéficiaire doit, à ce moment, être en possession de l'attestation. Dans ce cas, le bénéficiaire des mesures AktiF PLUS, au moment de son entrée en service effective auprès de l'employeur, ne doit pas prouver une fois de plus, à l'aide d'une attestation délivrée par l'Office de l'emploi, qu'il remplit les conditions. L'accès à la subvention AktiF PLUS s'effectue dans ce cas de manière automatique au terme de la mesure d'intégration socioprofessionnelle et représente un avantage en termes de continuité dans le placement des personnes concernées. Cette continuité doit intervenir au plus tard dans les six mois après le terme de ladite mesure susmentionnée. À défaut, une nouvelle attestation sera nécessaire.

Article 10

L'article 10 fixe le champ d'application pour les subventions générales AktiF et AktiF PLUS. Relèvent de ce champ d'application tous les employeurs des secteurs privé, non marchand et public, à l'exception de ceux qui n'entrent pas dans celui de la loi du 27 juin 1969 révisant l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs. De cette manière, les employeurs basés à l'étranger sont exclus. En outre, les employeurs qui occupent des travailleurs dans le cadre de contrats de travail intérimaire sont également exclus.

Article 11

La subvention AktiF est octroyée à l'employeur pour une durée non renouvelable de deux ans. En revanche, la subvention AktiF PLUS est octroyée, elle, pour une période non renouvelable de trois ans, car une aide plus élevée et à plus long terme est prévue pour les personnes faisant face à plusieurs obstacles.

La durée du subventionnement ne peut être renouvelée auprès du même employeur. La même personne peut à nouveau ouvrir le droit à la subvention pour un autre employeur pour autant qu'elle remplisse de nouveau, au moment de l'entrée en service, les conditions de subventionnement.

En outre, la durée ne peut être suspendue. Si un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est remplacé, une nouvelle période de subventionnement commence pour ce remplacement pour autant que le remplaçant remplisse les conditions de subventionnement.

Pour le calcul de la période, l'entrée en service effective est prise en compte, et ce, indépendamment des heures effectivement prestées.

Pendant cette période de soutien, les personnes concernées sont occupées dans le cadre d'un programme de remise au travail conformément à l'article 6, § 1^{er}, IX, 2^o, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles. Ceci entraîne, par exemple, des dérogations en matière de délais de préavis pour les travailleurs (sept jours).

En outre, les montants des subventions applicables dans le cadre du chapitre 3 sont fixées. Les subventions AktiF sont réduites à partir du 13^e mois complet, les subventions

AktiF PLUS, à partir des 13^e et 25^e mois. Par « mois complet », il faut entendre un mois calendrier. Le nombre de jours effectivement prestés n'est pas pris en compte dans le calcul.

Le Gouvernement peut fixer d'autres critères de subventionnement.

Article 12

L'article 12 détermine que tout bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS qui entame une mesure de formation réglementaire en entreprise en étant, dès le début de celle-ci, en possession de l'attestation, peut être occupé directement, au terme de ladite mesure de formation, auprès du même employeur sans devoir renouveler l'attestation, et ce, même si la durée de la mesure de formation dépasse la durée de validité de l'attestation. L'établissement rétroactif d'une attestation est exclu dans ce cas.

Article 13

L'article 13 prévoit des dérogations à ces montants pour l'employeur à condition que celui-ci engage, dans le cadre d'une mesure de formation spécifique déterminée par le Gouvernement, un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS qui remplit les conditions de subventionnement *ad hoc* au début de ladite mesure de formation. L'objectif est de promouvoir les formations au sein de l'entreprise en réduisant plus tard ou pas du tout le montant des subventions.

Cette aide vient s'ajouter aux possibilités de soutien à la formation déjà existantes et peut être combinée avec celles-ci.

Si la mesure de formation s'effectue au terme d'une mesure destinée à l'intégration socioprofessionnelle ou au plus tard dans un délai de six mois, le bénéficiaire des mesures AktiF PLUS ne doit pas renouveler l'attestation au début de la mesure de formation, car il devait déjà remplir les conditions d'accès au début de l'intégration socioprofessionnelle, conformément à l'article 9, 1^o. Ainsi, une autre vérification des conditions n'est plus effectuée au début de la relation de travail effective.

Afin que ces dérogations aux montants puissent être octroyées au terme de cette mesure de formation, celle-ci doit être achevée, même si ce n'est pas avec fruit.

Pour ne pas désavantager ceux qui avaient déjà entamé une mesure de formation avant l'entrée en vigueur du présent décret et qui remplissaient à ce moment les conditions de subventionnement, le Gouvernement peut prévoir des modalités spécifiques.

Article 14

Le paragraphe 1^{er} détermine que les subventions AktiF et AktiF PLUS sont liquidées mensuellement à partir du mois de l'entrée en service. Des précisions sont apportées sur ce qu'il faut entendre par « entrée en service ». Il s'agit ici de conditions cumulatives.

La date de l'entrée en service ne peut être antérieure à celle de la conclusion du contrat. Le jour de l'entrée en service correspond à celui où le travailleur commence effectivement à travailler et exécute son contrat de travail. La Dimona (déclaration immédiate) doit être introduite au plus tard à cette date.

Si, conformément à l'article 13, le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est occupé auprès du même employeur au terme d'une mesure de formation, l'entrée en service correspond au premier jour dans le cadre d'un contrat de travail classique. Seul un contrat de formation est conclu au cours de la mesure de formation. Ainsi, la subvention est liquidée uniquement au terme de cette mesure de formation à partir du mois qui suit celui du début de ladite mesure et au cours duquel il y a un contrat de travail classique conformément à la loi du 3 juillet 1978.

Le paragraphe 2 détermine les modalités de liquidation fondamentales.

Le paragraphe 3 habilite le Gouvernement à fixer d'autres modalités de liquidation et d'indexation.

Article 15

La subvention prend fin si la durée équivalente de l'aide s'est écoulée ou que le contrat de travail expire.

Article 16

Afin de lutter contre tout abus, une disposition interdit aux employeurs d'engager un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS qui aurait été occupé, l'année précédant ledit placement, par le même employeur ou auprès d'un établissement lié à ce dernier. Les travailleurs qui, dans le cadre d'une mesure en faveur de l'emploi, avait un contrat de travail avec le même employeur constituent une exception. Afin de déterminer s'il s'agit d'une entreprise liée au sens du décret, il convient de se référer à la recommandation de la Commission du 6 mai 2013 concernant la définition de la micro-entreprise ainsi que des petites et moyennes entreprises.

Le Gouvernement peut déterminer ce qu'il faut entendre par « mesures en faveur de l'emploi ».

Article 17

L'article 17 précise que les subventions doivent être demandées par l'employeur, ainsi que les informations que cette demande doit au moins comprendre.

Le Gouvernement détermine les autres éléments et informations que la demande doit comprendre ainsi que la procédure d'introduction de ladite demande et de prise de décision.

Article 18

Cet article fixe la procédure de plainte dans le cas d'un refus de la demande et habilite le Gouvernement à fixer d'autres modalités s'y rapportant.

Article 19

Par analogie avec le système des travailleurs contractuels subventionnés (TCS) qui court jusqu'au 31 décembre 2018, le chapitre 4 permet l'octroi de subventions spécifiques pour des asbl, certains organismes de la Communauté germanophone ainsi que des pouvoirs locaux. Ces postes liés à des projets et emplois réglés par une convention sont

octroyés dans des domaines qui relèvent, au niveau de la politique en matière d'emploi, des compétences de la Communauté germanophone. En conséquence, il s'agit, dans ce chapitre, d'une aide plus élevée et à plus long terme. En raison du principe de continuité, cette aide remplacera progressivement le système des TCS.

Dans la section 1^{re}, l'article 19 précise le champ d'application pour les postes liés à des projets. Il s'agit de certains employeurs du secteur non marchand – asbl et fondations d'utilité publique assurant les missions relevant des compétences de la Communauté germanophone ou de domaines y liés – et de la fonction publique de la Communauté germanophone, tels que les services de l'administration générale, les services à gestion séparée et les organismes d'intérêt public. Les hôpitaux en sont exclus.

Article 20

Les employeurs qui relèvent du champ d'application du présent chapitre peuvent obtenir, pour un poste lié à un projet, une subvention plus élevée pour une durée renouvelable de cinq ans. Ces postes liés à un projet doivent représenter un avantage pour la Communauté germanophone.

Afin d'effectuer une demande pour de tels postes, l'employeur doit remplir et introduire un formulaire détaillé *ad hoc*. Ce formulaire de demande permettra de vérifier si l'employeur remplit des missions qui relèvent des compétences de la Communauté germanophone ou de domaines y liés. Cette procédure est fixée dans l'article 23.

En outre, d'autres critères seront examinés lors de l'évaluation du projet, tels que le besoin social couvert par le projet en Communauté germanophone, la viabilité économique dudit projet, les aspects qualifiants d'un point de vue socioprofessionnel, la situation du marché de l'emploi en Communauté germanophone, le respect par l'employeur des législations sociales et du travail ainsi que des obligations financières vis-à-vis de l'Office national de Sécurité Sociale, des pouvoirs publics en général et de l'Union européenne.

Lors de l'évaluation de la demande, il faut également déterminer si l'employeur demandeur n'a pas déjà reçu des moyens financiers de la part de la Communauté germanophone pour la fonction ou le poste demandés dans le cadre de la transformation de contrats de travail TCS en contrats de travail classiques pour le 1^{er} janvier 2018.

Les postes liés à des projets sont octroyés en tenant compte des moyens financiers disponibles.

Pendant la totalité de cette période de soutien, les personnes concernées sont occupées dans le cadre d'un programme de remise au travail conformément à l'article 6, § 1^{er}, IX, 2^o, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles. Ceci entraîne, par exemple, des dérogations en matière de délais de préavis pour les travailleurs (sept jours).

Article 21

L'article 21 fixe les montants des subventions pour ces postes liés à des projets.

Pour tout nouvel engagement dans le cadre de ces postes liés à des projets, un montant plus élevé est octroyé la première année de soutien, montant qui sera toutefois réduit après douze mois complets. Cette subvention plus importante octroyée pendant la première année de soutien s'applique uniquement dans le cas d'un nouvel engagement. Si

la durée est renouvelée, les bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS déjà occupés continuent à recevoir les subventions qui sont prévues à partir du 13^e mois. Si un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est remplacé pendant le contrat de travail ou à son terme, une subvention plus élevée est octroyée au remplaçant pour autant qu'il remplisse les conditions de subventionnement.

En ce qui concerne le paragraphe 3, renvoi est fait au commentaire de l'article 12.

Le Gouvernement peut préciser ce qu'il faut entendre par « nouvel engagement » et prévoir d'autres critères de subventionnement.

Article 22

Grâce à un renvoi aux articles 14 et 16, le présent article fixe les modalités et conditions de subventionnement.

Article 23

L'article 23 précise que l'employeur doit demander l'octroi des subventions et que ladite demande doit contenir au moins des informations concernant l'employeur, le nombre de postes demandés ainsi qu'une description du projet.

L'alinéa 2 habilite le Gouvernement à prévoir d'autres modalités s'y rapportant.

Article 24

L'article 24 fixe le champ d'application pour les emplois réglés par une convention auprès des pouvoirs locaux. Par analogie avec l'ancien système des TCS, il s'agit des mêmes pouvoirs locaux, à l'exception des parcs à conteneurs, car au vu du cofinancement par la Région wallonne, la base juridique initiale les concernant est conservée pour le moment.

Article 25

En outre, un budget est mis à la disposition des pouvoirs locaux dans le cadre duquel ceux-ci peuvent obtenir une subvention *ad hoc* pour l'occupation d'un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS. Ce budget est octroyé aux pouvoirs locaux dans le cadre d'une convention renouvelable de cinq ans. Le Gouvernement fixe le budget mis à disposition des pouvoirs locaux selon des critères objectifs, en prenant en compte le fait qu'au moment de l'entrée en vigueur du présent décret, les TCS occupés puissent être transférés immédiatement dans la nouvelle mesure. En ce sens, il faut entendre par « critères objectifs », par exemple, l'utilisation effective des subventions TCS ou les chiffres du chômage d'un mois de référence.

Pendant la totalité de cette période de soutien, les personnes concernées sont occupées dans le cadre d'un programme de remise au travail conformément à l'article 6, § 1^{er}, IX, 2^o, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles. Ceci entraîne, par exemple, des dérogations en matière de délais de préavis pour les travailleurs (sept jours).

Article 26

Pour tout nouvel engagement dans le cadre de ces emplois réglés par une convention, un montant plus élevé est octroyé la première année de soutien, montant qui sera toutefois réduit après douze mois complets. Cette subvention plus importante octroyée pendant la première année de soutien s'applique toutefois uniquement dans le cas d'un nouvel engagement. Si la durée est renouvelée, les bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS déjà occupés continuent à recevoir les subventions qui sont prévues à partir du 13^e mois. Si un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est remplacé pendant le contrat de travail ou à son terme, une subvention plus élevée est octroyée au remplaçant pour autant qu'il remplisse les conditions de subventionnement.

En ce qui concerne le paragraphe 3, renvoi est fait au commentaire de l'article 12.

Le Gouvernement peut préciser ce qu'il faut entendre par « nouvel engagement » et prévoir d'autres critères de subventionnement.

Article 27

Le budget fixé par le Gouvernement est octroyé mensuellement en douzièmes aux pouvoirs locaux sous forme d'avances récupérables.

Grâce à un renvoi à l'article 16, le présent article fixe les conditions de subventionnement.

Article 28

Le budget mis à disposition des communes peut être cédé à d'autres pouvoirs locaux qui exercent une activité au sein de la commune en question ou pour celle-ci.

Article 29

Les articles 29 à 32 déterminent différentes interdictions de cumul. Selon le principe de loyauté fédérale, un cumul de réductions de cotisations de sécurité sociale est possible pour autant que ceci ne soit pas interdit par d'autres dispositions. Toutefois, il convient de lire le présent article conjointement avec l'article 62 qui stipule que les activations, réductions et autres aides octroyées dans le cadre de dispositions transitoires ne peuvent être cumulées avec des subventions AktiF ou AktiF PLUS.

Dans le cadre du même contrat de travail, l'employeur ne peut cumuler des subventions AktiF ni avec d'autres subventions AktiF, ni avec des subventions AktiF PLUS. Il est également impossible de cumuler des subventions AktiF PLUS dans le cadre du même contrat de travail.

Si toutefois un employeur occupe un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS dans le cadre d'un contrat de travail à temps partiel à un poste lié à un projet ou à un emploi réglé par une convention en application du chapitre 4 – car, par exemple, seul un poste à temps partiel est vacant dans le cadre de ce poste lié à un projet ou de cet emploi réglé par une convention –, il est possible qu'il puisse obtenir, pour le même bénéficiaire, une subvention (limitée dans le temps) dans le cadre d'un contrat de travail à temps partiel, et ce, en application du chapitre 3. Il est essentiel que cette personne soit dès le début en possession d'une attestation valable.

Article 30

Il n'est pas possible, au cours d'une période de soutien d'une aide générale de passer, auprès du même employeur, d'un poste lié à un projet à un emploi réglé par une convention ou inversement.

Article 31

Il est interdit de cumuler des subventions AktiF ou AktiF PLUS avec d'autres subventions octroyées en application de l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale.

Article 32

Les subventions octroyées à un employeur dans le cadre d'un poste lié à un projet ou d'un emploi réglé par une convention ne peuvent être cumulées avec des titres-services. Ceci signifie qu'aucune subvention AktiF ou AktiF PLUS ne peut être accordée à l'employeur pour des travailleurs qui ont déjà été payés à l'aide de titres-services pour leurs prestations.

Article 33

Cet article habilite le Gouvernement à prévoir d'autres interdictions de cumul ainsi que des exceptions aux interdictions existantes.

Article 34

Tout employeur est tenu de respecter les obligations et conditions fixées dans le présent décret ainsi que les dispositions qui lui sont applicables dans différents domaines législatifs.

Le paragraphe 2 prévoit une disposition anti-discrimination qui interdit à l'employeur de recevoir indûment des subventions, par exemple en licenciant un membre du personnel pour pouvoir engager une autre personne qui remplit les conditions de subventionnement.

L'employeur a cependant la possibilité d'exposer le fait que des raisons autres que l'obtention de subventions ont motivé son acte.

Le Gouvernement est habilité à préciser des dispositions applicables à l'employeur et à prévoir d'autres obligations en vue du maintien de l'octroi des subventions.

Art. 35

Si l'employeur concerné ne respecte pas ces obligations ou ces conditions, il sera invité à présenter ses observations par écrit.

Le Gouvernement peut alors, dans un premier temps, adresser un avertissement à l'employeur ou le mettre en demeure et suspendre ou supprimer les subventions. Le Gouvernement fixe la procédure appliquée à cette fin.

Selon les faits, il est possible d'exclure l'employeur, à l'avenir, de l'application du présent décret. Le Gouvernement est habilité à déterminer ces faits.

Article 36

L'article 36 fixe la procédure de plainte. Il est possible d'introduire une plainte par recommandé auprès du Gouvernement dans un délai d'un mois.

Article 37

Le contrôle et la répétition des subventions s'opèrent conformément à la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

Article 38

Les articles 38 à 40 prévoient des dispositions pénales afin de punir toute manœuvre frauduleuse visant l'obtention de subventions. De telles manœuvres causent en effet des dommages à l'ensemble de la population et mettent en danger ses intérêts financiers, car des subventions sont ainsi accordées de manière abusive, alors qu'il n'existe aucun droit en ce sens.

Le présent article prévoit des peines punissant le faux et l'usage de faux en écriture.

Article 39

Cet article prévoit les mêmes peines pour des déclarations inexactes ou incomplètes.

Article 40

Cet article prévoit les mêmes peines pour les fraudes.

Article 41

Les amendes pénales sont déjà soumises à une réglementation relative aux suppléments, et ce, en application de la loi du 5 mars 1952 relative aux décimes additionnels sur les amendes pénales. Cet article stipule que les mêmes règles en matière de suppléments s'appliquent également aux amendes administratives. Ainsi, tant les amendes pénales que les amendes administratives sont soumises dès lors aux mêmes règles en matière de suppléments. Le renvoi à la loi du 5 mars 1952 relative aux décimes additionnels sur les amendes pénales a l'avantage d'éviter à l'avenir que les amendes administratives soient à chaque fois adaptées de manière individuelle lorsque les règles en matière de suppléments pour les amendes pénales changent.

Article 42

Le présent article garantit que les règles fixées dans le Code pénal social s'appliquent aux sanctions pénales et administratives.

Article 43

Avant le 30 juin de l'année qui suit celle de l'application, le Gouvernement rédige un rapport concernant l'application du présent décret et le transmet au Parlement.

Article 44

Le présent article limite le champ d'application de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux aux parcs à conteneurs. Ainsi, l'arrêté royal n° 474 susmentionné constitue toujours la base légale pour les travailleurs contractuels subventionnés occupés dans les parcs à conteneurs.

Pour tous les autres pouvoirs locaux, cette base légale sera abrogée à partir du 1^{er} janvier 2019. Toutefois, le présent article doit être lu conjointement avec l'article 51, 3°, qui abroge l'arrêté d'exécution correspondant, et avec l'article 56 de sorte que les montants des subventions pour les TCS entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret continuent à s'appliquer.

Article 45

Le présent article abroge les dispositions concernant les travailleurs contractuels mentionnés dans la loi-programme du 30 décembre 1988. Toutefois, le présent article doit être lu conjointement avec l'article 51, 1°, qui abroge l'arrêté d'exécution correspondant, et avec l'article 54 de sorte que les montants des subventions pour les TCS entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret continuent à s'appliquer.

En application de l'article 55, la loi-programme du 30 décembre 1988 susmentionnée ainsi que ses arrêtés d'exécution restent d'application pour les établissements d'enseignement organisés, reconnus ou subventionnés par la Communauté germanophone.

Article 46

Le présent article étend au présent décret ainsi qu'à ses arrêtés d'exécution le champ d'application du décret du 5 février 1998 relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi.

Dans un souci de clarification du texte, le 13° est abrogé, car le décret de crise y prévu est aussi abrogé par le présent décret.

Article 47

L'article 47 procède à deux adaptations dans l'article 339 de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I). D'une part, l'âge minimal prévu est relevé à 55 ans et, d'autre part, la fin de la réduction pour groupe-cible est prévue dès que le travailleur âgé a atteint l'âge légal de la retraite.

Articles 48 et 50

Les présentes dispositions abrogent la réduction pour groupe-cible destinée aux chômeurs de longue durée, aux jeunes travailleurs ainsi qu'aux travailleurs qui ont été licenciés dans le cadre d'une restructuration.

Toutefois, le présent article doit être lu conjointement avec l'article 53 de sorte que la réduction pour groupe-cible continue à être octroyée pour les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret.

Article 49

Dans un souci de clarification du texte, l'article 49 abroge deux dispositions qui ont permis, dans le cadre de la crise économique et financière, l'instauration d'un programme visant la mise au travail de travailleurs dans le secteur marchand privé. Cette disposition abrogatoire entre toutefois en vigueur le 1^{er} avril 2020, car les dispositions exécutoires correspondantes s'appliquent jusqu'au 31 décembre 2018 et les subventions annuelles accordées avant le terme de cet arrêté continueront à être versées jusqu'au 31 mars 2020 au plus tard.

Article 51

L'article 51 abroge différents arrêtés. L'abrogation de ces arrêtés par le présent décret et non par un arrêté *ad hoc* s'explique par la nécessité d'assurer une sécurité juridique aux employeurs et travailleurs qui sont, à l'heure actuelle, concernés par ces mesures.

Le 1^o abroge l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés. Pour des explications détaillées, renvoi est fait à l'article 45.

Les 2^o, 4^o et 6^o abrogent ledit « plan Activa » qui prévoit différentes possibilités d'activation de l'allocation de travail. Toutefois, le présent article doit être lu conjointement avec les articles 58 et 59 de sorte que ces activations pour les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret continuent à être octroyées.

Le 3^o abroge l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés. Pour des explications détaillées, renvoi est fait à l'article 44.

Le 7^o abroge l'arrêté du Gouvernement instaurant un programme visant la mise au travail de travailleurs âgés dans le secteur marchand privé. Ce dernier lèvera entre toutefois en vigueur le 1^{er} avril 2020, car l'arrêté s'applique jusqu'au 31 décembre 2018 et les subventions annuelles accordées avant le terme de cet arrêté continueront à être versées jusqu'au 31 mars 2020 au plus tard.

Article 52

Cet article habilite le Gouvernement à prévoir des dispositions relatives à la limitation ou l'abrogation partielle ou complète de la mesure SINE.

Article 53

La présente disposition garantit que la réduction pour groupe-cible destinée aux chômeurs de longue durée, aux jeunes travailleurs ainsi qu'aux travailleurs qui ont été licenciés dans le cadre d'une restructuration continue à être accordée pour autant que l'entrée en service de ces personnes soit intervenue avant le 1^{er} janvier 2019.

À partir du 1^{er} janvier 2019, plus aucune réduction pour groupe-cible ne sera octroyée pour un nouvel engagement. En contrepartie, l'octroi d'une subvention AktiF sera toutefois possible pour autant que les conditions *ad hoc* soient remplies.

Article 54

La présente disposition garantit que les travailleurs qui relèvent du champ d'application de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, et entrés en service avant le 1^{er} janvier 2019, continuent à recevoir les subventions prévues dans ledit arrêté.

Le nombre de postes octroyés aux employeurs concernés continuent à l'être pour autant qu'ils engagent la personne sortant du contrat de travail dans un délai de six mois en tant que bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS dans le cadre d'un poste lié à un projet.

Article 55

La loi-programme du 30 décembre 1988 susmentionnée ainsi que ses arrêtés d'exécution restent d'application pour les établissements d'enseignement organisés, reconnus ou subventionnés par la Communauté germanophone.

Cette disposition transitoire sera abrogée dès que la réforme du calcul du capital périodes, dans laquelle les emplois TCS sont assurés de manière structurelle, entrera en vigueur.

Article 56

La présente disposition garantit que les travailleurs qui relèvent du champ d'application de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés, et entrés en service avant le 1^{er} janvier 2019, continuent à recevoir les subventions prévues dans ledit arrêté.

Article 57

Les employeurs qui occupent des travailleurs, entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, dans le cadre d'une convention de premier emploi, continuent à recevoir l'intervention dans les coûts salariaux prévue par ladite convention. Tout nouvel engagement ou tout remplacement, selon le cas, doit intervenir dans un délai de six mois dans le cadre des emplois octroyés selon la convention et sont soumis aux dispositions concernant les postes liés à des projets prévus au chapitre 4, section 1^{re}.

Article 58

Le présent article fixe des dispositions transitoires concernant les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret qui sont occupés dans le cadre d'une mesure Activa ou Activa Start et qui reçoivent une allocation de travail. Dans ce cas, celle-ci continue à leur être octroyée.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres modalités transitoires, comme ce qui concerne l'établissement des cartes de travail.

Article 59

Le présent article détermine que les employeurs qui occupent des ayants droit à l'intégration sociale ou à une aide sociale financière dans le cadre d'une mesure Activa et pour lesquelles ils reçoivent une intervention financière du CPAS, continuent à la recevoir pour les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret.

Article 60

Les employeurs qui occupent des travailleurs, entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, dans le cadre d'un accord concernant l'emploi des jeunes dans le secteur non-marchand, continuent à recevoir l'intervention dans les coûts salariaux prévue par ledit accord. Tout nouvel engagement ou tout remplacement, selon le cas, doit intervenir dans un délai de six mois dans le cadre des emplois octroyés selon la convention et sont soumis aux dispositions concernant les postes liés à des projets prévus au chapitre 4, section 1^{re}.

Article 61

L'article 61 fixe des dispositions transitoires pour les travailleurs qui installent leur résidence en région de langue allemande ou dont l'occupation est transférée en région de langue allemande.

L'objectif de la présente disposition est de fixer que, si ces travailleurs, à ce moment, reçoivent des aides à l'emploi, autrefois fédérales et abrogées par le présent décret, de la Région wallonne, de la Région flamande ou de la Région Bruxelles-Capitale, celles-ci continuent à leur être octroyées pour la durée prévue initialement.

Cette disposition n'est toutefois applicable que si le travailleur est entré en service avant l'entrée en vigueur du présent décret et si ces aides à l'emploi fédérales n'ont pas été abrogées par la Région dans laquelle ledit travailleur résidait avant – en ce qui concerne l'activation – ou exécutait ses prestations – en ce qui concerne les réductions de cotisations de sécurité sociale.

Article 62

Les activations, réductions de cotisations de sécurité sociale ou autres aides octroyées dans le cadre des présentes dispositions transitoires ne peuvent être cumulées avec des subventions AktiF ou AktiF PLUS.

Article 63

Cette disposition prévoit l'entrée en vigueur du projet de décret au 1^{er} janvier 2019, à l'exception des articles 49 et 51, 7^o, auxquels renvoi est fait pour plus de précisions.

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi

Chapitre 1^{er} - Dispositions générales

Article 1^{er} – Le présent décret fixe plusieurs mesures destinées à lutter contre le chômage en région de langue allemande et, plus particulièrement, à donner aux personnes qui font face à des désavantages liés au marché de l'emploi ou individuels, une chance d'accéder à l'emploi et d'obtenir un vrai contrat de travail. Ces mesures englobent des incitations financières destinées à promouvoir la formation et l'engagement ainsi qu'à assurer la sécurité de l'emploi.

Art. 2 – Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent aux deux sexes.

Art. 3 – Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

- 1° Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;
- 2° CPAS : les centres publics d'aide sociale ayant leur siège en région de langue allemande;
- 3° demandeur d'emploi inoccupé : la personne physique qui :
 - a) est inscrite comme demandeur d'emploi inoccupé auprès de l'Office de l'emploi;
 - b) a son domicile en région de langue allemande;
 - c) n'est pas soumise à l'obligation scolaire;
 - d) n'a pas atteint l'âge légal de la retraite;
- 4° durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi : la période prenant cours à l'inscription en tant que demandeur d'emploi inoccupé et au cours de laquelle celui-ci n'est pas lié par un contrat de travail, ne fournit pas de prestations de travail sous l'autorité d'une autre personne en vertu de l'article 1^{er}, alinéa 2, 1°, de la loi du 16 mars 1971 sur le travail, ne se trouve pas dans une relation statutaire et n'exerce aucune activité d'indépendant à titre principal;
- 5° bénéficiaires des mesures AktiF : les demandeurs d'emploi inoccupés décrits au chapitre 2, section 1^{re}, qui remplissent les conditions correspondantes y mentionnées;
- 6° bénéficiaires des mesures AktiF PLUS : les demandeurs d'emploi inoccupés décrits au chapitre 2, section 2, qui remplissent les conditions correspondantes y mentionnées;
- 7° subvention AktiF : la subvention qui peut être octroyée à l'employeur pour chaque bénéficiaire des mesures AktiF qu'il occupe;
- 8° subvention AktiF PLUS : la subvention qui peut être octroyée à l'employeur pour chaque bénéficiaire des mesures AktiF PLUS qu'il occupe;
- 9° employeur : les personnes et organismes mentionnés aux articles 10, 19 et 24;
- 10° attestation : le document délivré par l'Office de l'emploi qui atteste que le demandeur d'emploi inoccupé remplit les conditions de subventionnement pour les bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS mentionnées dans le chapitre 2, et ce :
 - a) au moment de l'établissement de l'attestation, si le demandeur d'emploi inoccupé n'a pas encore été engagé ou
 - b) à la veille de son entrée en service.

Le Gouvernement peut déterminer :

- 1° qui peut être assimilé à un demandeur d'emploi inoccupé au sens de l'alinéa 1^{er}, 3°;
- 2° la période qui peut être assimilée à la durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 4°;

3° ce qu'il faut entendre par « activité d'indépendant à titre principal »;

4° la durée de validité de l'attestation mentionnée dans l'alinéa 1^{er}, 10°.

Chapitre 2 - Conditions de subventionnement

Section 1^{re} – Bénéficiaires des mesures AktiF

Sous-section 1^{re} – Jeunes demandeurs d'emploi

Art. 4 – Sans préjudice de l'alinéa 2, le Gouvernement peut octroyer une subvention AktiF pour l'occupation de demandeurs d'emploi inoccupés qui :

1° sont âgés de 25 ans au plus;

2° sont porteurs au plus d'un :

a) diplôme de l'enseignement secondaire supérieur et ne suivent aucune formation qui mène à l'obtention d'un diplôme plus élevé dans les trois mois suivants;

b) certificat d'aptitudes professionnelles de l'apprentissage mentionné à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME et ne suivent aucun apprentissage qui mène à l'obtention d'un diplôme supérieur dans les trois mois suivants;

c) diplôme équivalent à celui mentionné au a) et b) délivré par une autre entité fédérée ou un autre État.

3° apportent la preuve d'une durée d'inscription d'au moins six mois auprès de l'Office de l'emploi.

Le Gouvernement peut octroyer une subvention AktiF pour l'occupation de demandeurs d'emploi inoccupés qui :

1° sont âgés de 25 ans au plus;

2° ne sont pas porteurs d'un :

a) diplôme de l'enseignement secondaire supérieur et ne suivent aucune formation qui mène à une telle obtention dans les trois mois suivants;

b) certificat d'aptitudes professionnelles de l'apprentissage mentionné à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME et ne suivent aucun apprentissage qui mène à une telle obtention dans les trois mois suivants;

c) diplôme équivalent à celui mentionné au a) et b) délivré par une autre entité fédérée ou un autre État.

Le Gouvernement peut fixer des conditions supplémentaires pour l'octroi des subventions mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2.

Sous-section 2 – Demandeurs d'emploi âgés

Art. 5 – Le Gouvernement peut octroyer une subvention AktiF pour l'occupation de demandeurs d'emploi inoccupés qui :

1° sont âgés de 50 ans au moins;

2° apportent la preuve d'une durée d'inscription d'au moins un mois auprès de l'Office de l'emploi;

3° ont perdu leur dernier emploi involontairement.

Le Gouvernement peut :

1° déterminer ce qu'il faut entendre par « perdre son emploi involontairement » au sens du présent article;

2° fixer des conditions supplémentaires pour l'octroi des subventions mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

Sous-section 3 - Demandeurs d'emploi de longue durée

Art. 6 – Le Gouvernement peut octroyer une subvention AktiF pour l'occupation de demandeurs d'emploi inoccupés qui apportent la preuve d'une durée d'inscription d'au moins douze mois auprès de l'Office de l'emploi.

Le Gouvernement peut fixer des conditions supplémentaires pour l'octroi de la subvention AktiF mentionnée à l'alinéa 1^{er}.

Sous-section 4 – Victimes de restructurations

Art. 7 – Le Gouvernement peut accorder une subvention AktiF aux demandeurs d'emploi inoccupés qui, en application de l'article 31 de la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations, ont été licenciés dans le cadre d'une restructuration ou à ceux qui ont été licenciés dans le cadre de la faillite, de la fermeture ou de la dissolution d'une entreprise.

Le Gouvernement peut fixer des conditions supplémentaires pour l'octroi de la subvention mentionnée à l'alinéa 1^{er}.

Section 2 – Bénéficiaires des mesures AktiF PLUS

Art. 8 – Le Gouvernement peut octroyer une subvention AktiF PLUS pour l'occupation de demandeurs d'emploi inoccupés qui apportent la preuve de l'existence d'au moins deux obstacles rencontrés.

Sont considérés comme « obstacles rencontrés » au sens de l'alinéa 1^{er} :

1° la preuve d'une réduction de la capacité de travail;

2° la preuve d'une durée d'inscription d'au moins vingt-quatre mois auprès de l'Office de l'emploi;

3° l'absence d'un diplôme de l'enseignement secondaire supérieur ou, selon le cas, d'un certificat d'aptitudes professionnelles de l'apprentissage mentionné dans l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME ou d'un diplôme équivalent délivré par une autre entité fédérée ou un autre État;

4° le fait de ne pas avoir atteint le niveau B1 conformément au Cadre européen commun de références pour les langues en allemand et en français.

Le Gouvernement :

1° détermine ce qu'il faut entendre par « réduction de la capacité de travail » au sens du présent article;

2° fixe les modalités de vérification desdits obstacles rencontrés;

3° peut arrêter des conditions supplémentaires pour l'octroi de la subvention mentionnée à l'alinéa 1^{er}.

Art. 9 – Par dérogation à l'article 8, le Gouvernement peut fixer une liste de mesures destinées à l'intégration socioprofessionnelle pour lesquelles un employeur qui occupe un bénéficiaire des mesures AktiF PLUS participant à ces mesures sans avoir renouvelé l'attestation au terme de ladite mesure susmentionnée, reçoit une subvention AktiF, à condition que :

1° le bénéficiaire des mesures AktiF PLUS soit en possession de l'attestation au début de la participation à la mesure susmentionnée;

2° l'employeur engage le bénéficiaire des mesures AktiF PLUS dans un délai de six mois à compter de la participation à la mesure susmentionnée.

Le Gouvernement fixe la durée minimale de participation à la mesure mentionnée dans l'alinéa 1^{er}.

Chapitre 3 – Subventions générales

Section 1^{re} – Champ d'application

Art. 10 – Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par « employeur » toute personne physique ou morale qui occupe et rémunère, sous sa responsabilité et son autorité, un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS et qui reçoit une subvention dans le cadre du présent décret et de ses arrêtés d'exécution.

Les dispositions du présent chapitre ne s'appliquent pas à l'employeur qui :

1° occupent des travailleurs dans le cadre de contrats de travail intérimaire conformément au chapitre II de la loi du 24 juillet 1987 sur le travail temporaire, le travail intérimaire et la mise de travailleurs à la disposition d'utilisateurs;

2° ne relèvent pas du champ d'application de la loi du 27 juin 1969 révisant l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs.

Section 2 – Durée, montant et liquidation de la subvention

Art. 11 – § 1^{er} – Dans la limite des crédits budgétaires disponibles à cette fin, le Gouvernement peut, dans le cadre du présent chapitre, octroyer les subventions suivantes :

1° une subvention AktiF pour une durée non renouvelable de deux ans;

2° une subvention AktiF PLUS pour une durée non renouvelable de trois ans.

§ 2 – La subvention AktiF PLUS mentionnée au § 1^{er}, 1°, s'élève à 500 euros par mois.

À partir du 13^e mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF s'élève à 300 euros par mois.

§ 3 – La subvention AktiF PLUS mentionnée au § 1^{er}, 2°, s'élève à 1 000 euros par mois.

À partir du 13^e mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF PLUS s'élève à 600 euros par mois.

À partir du 25^e mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF PLUS s'élève à 300 euros par mois.

§ 4 – Le Gouvernement peut fixer d'autres critères de subventionnement.

Art. 12 – Si un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est, au début de la mesure de formation réglementaire, en possession de l'attestation et est occupé par le même employeur au terme de celle-ci, ladite attestation ne doit pas être renouvelée pour l'octroi de la subvention mentionnée à l'article 11.

Art. 13 – § 1^{er} – Si un bénéficiaire des mesures AktiF est occupé auprès du même employeur au terme de la mesure de formation fixée par le Gouvernement, la subvention AktiF octroyée pendant toute la durée mentionnée à l'article 11, 1^o, s'élève à 500 euros par mois, pour autant que ledit bénéficiaire soit en possession de l'attestation au début de la mesure de formation.

§ 2 – Si un bénéficiaire des mesures AktiF PLUS est occupé auprès du même employeur au terme de la mesure de formation mentionnée au § 1^{er}, la subvention AktiF PLUS s'élève à 1 000 euros par mois, pour autant que ledit bénéficiaire soit en possession de l'attestation au début de la mesure de formation.

À partir du 25^e mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF PLUS s'élève à 600 euros par mois.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement peut octroyer les subventions mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2 sans que le bénéficiaire des mesures AktiF PLUS ne soit en possession de l'attestation au début de la mesure de formation mentionnée dans l'alinéa 1^{er}, s'il commence la mesure de formation à la suite de la formation mentionnée dans l'article 9 ou au plus tard toutefois, dans un délai de six mois après celle-ci.

§ 3 – Pour l'application des §§ 1^{er} et 2, la subvention AktiF ou AktiF PLUS ne peut être octroyée que si le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS achève la mesure de formation y mentionnée.

§ 4 – Pour l'application du présent article, le Gouvernement peut fixer des modalités spécifiques pour les personnes qui, avant l'entrée en vigueur du présent décret, ont entamé une mesure de formation mentionnée au § 1^{er} et remplissaient, à ces débuts, les conditions fixées dans le chapitre 2.

Art. 14 – § 1^{er} – À partir du mois de l'entrée en service, les subventions mentionnées à l'article 11 sont liquidées mensuellement par le gouvernement sous forme d'avances récupérables.

Pour l'application du présent chapitre est considéré comme entrée de service le jour où :

- 1^o le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est réellement engagé;
- 2^o un contrat de travail écrit conformément à la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail est conclu;
- 3^o la déclaration correspondante conformément à l'article 4 de l'arrêté royal du 5 novembre 2002 instaurant une déclaration immédiate de l'emploi, en application de l'article 38 de la loi du 26 juillet 1996 portant modernisation de la sécurité sociale et

assurant la viabilité des régimes légaux des pensions, est introduite.

§ 2 – Les subventions mensuelles correspondent au résultat obtenu en multipliant la subvention correspondante par une fraction dont le dénominateur est le nombre de jours ouvrables du mois en fonction du régime de travail applicable et le numérateur, le nombre de jours de travail effectifs ou assimilés pour lesquels l'employeur a payé un traitement.

Dans le cas d'une occupation à temps partiel, les subventions sont à chaque fois réduites, sur la base de la durée des prestations, au prorata d'un emploi à temps plein auprès de l'employeur concerné.

Le Gouvernement peut multiplier les subventions AktiF et AktiF PLUS par un coefficient en vue de les adapter aux crédits budgétaires disponibles.

§ 3 – Le Gouvernement peut déterminer d'autres modalités de liquidation et d'indexation.

Art. 15 – Sans préjudice du chapitre 6, l'octroi des subventions AktiF ou AktiF PLUS prend fin si :

- 1° la durée mentionnée à l'article 11, § 1^{er}, s'est écoulée;
- 2° le contrat de travail expire.

Art. 16 – Les employeurs qui engagent un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS qui, l'année précédant l'occupation, était occupé auprès du même employeur ou auprès d'un établissement lié à ce dernier, à l'exception de travailleurs occupés auprès du même employeur ou auprès d'un établissement lié à ce dernier dans le cadre d'une mesure en faveur de l'emploi réglementaire, ne sont pas subventionnés.

Le Gouvernement peut déterminer ce qu'il faut entendre par « mesures en faveur de l'emploi réglementaires ».

Section 3 – Procédure de demande et de plainte

Art. 17 – Les employeurs peuvent demander l'octroi de subventions auprès du Gouvernement. La demande comprend au moins les informations concernant l'employeur et le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS ainsi que l'attestation.

Le Gouvernement détermine :

- 1° les autres éléments et informations contenus dans la demande;
- 2° la procédure d'introduction de la demande et de prise de décision.

Art. 18 – L'employeur dont la demande a été refusée peut introduire une plainte auprès du Gouvernement. Cette plainte doit être envoyée par recommandé dans un délai d'un mois à compter de la notification de la décision en question.

Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités de procédure de plainte.

Chapitre 4 – Subventions spécifiques

Section 1^{re} – Postes liés à des projets

Sous-section 1^{re} – Champ d'application

Art. 19 – Pour l'application de la présente section, il faut entendre par « employeur » les institutions suivantes qui occupent et rémunèrent sous leur responsabilité et autorité un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS :

1° les institutions mentionnées à l'article 2, 2°, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone;

2° les associations sans but lucratif et fondations d'utilité publique mentionnées dans la loi du 27 juin 1921 sur les associations sans but lucratif, les fondations, les partis politiques européens et les fondations politiques européennes, qui ont leur siège en région de langue allemande, pour autant qu'elles effectuent des missions relevant des compétences de la Communauté germanophone ou de domaines y liés, à l'exception des hôpitaux.

Sous-section 2 – Durée, montant et liquidation de la subvention

Art. 20 – Dans la limite des crédits budgétaires disponibles à cette fin, le Gouvernement peut, conformément aux conditions fixées par lui, octroyer une subvention AktiF ou AktiF PLUS pour une durée renouvelable de maximum cinq ans, pour autant que l'employeur occupe un bénéficiaire desdites mesures AktiF ou AktiF PLUS dans le cadre d'un poste lié à un projet.

Le Gouvernement détermine ce qu'il faut entendre par « poste lié à un projet ».

Art. 21 – § 1^{er} – Dans le cas d'un nouvel engagement, la subvention AktiF mentionnée à l'article 20 s'élève à 1 000 euros par mois.

À partir du 13^e mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF s'élève à 917 euros par mois.

§ 2 – Dans le cas d'un nouvel engagement, la subvention AktiF PLUS mentionnée à l'article 20 s'élève à 1 833 euros par mois.

À partir du 13^e mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF PLUS s'élève à 1 750 euros par mois.

§ 3 – Si un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est, au début de la mesure de formation réglementaire, en possession de l'attestation et est occupé par le même employeur au terme de celle-ci, ladite attestation ne doit pas être renouvelée pour l'octroi de la subvention mentionnée à l'article 11.

§ 4 – Le Gouvernement peut :

1° fixer d'autres critères de subventionnement;

2° déterminer ce qu'il faut entendre par « nouvel engagement ».

Art. 22 – L'octroi et la liquidation des subventions AktiF et AktiF PLUS s'effectuent conformément aux modalités et aux conditions fixées dans les articles 14 et 16.

Sous-section 3 – Procédure de demande

Art. 23 – Les employeurs peuvent demander l'octroi de subventions auprès du Gouvernement. La demande contient au moins des informations concernant l'employeur, le nombre de postes demandés ainsi qu'une description du projet.

Le Gouvernement détermine :

- 1° les autres éléments et informations contenus dans la demande;
- 2° la procédure d'introduction de la demande et de prise de décision.

Section 2 – Emplois réglés par une convention

Sous-section 1^{re} – Champ d'application

Art. 24 – Pour l'application de la présente section, il faut entendre par « employeur » les autorités suivantes qui occupent et rémunèrent sous leur responsabilité et autorité un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS :

- 1° les communes de la région de langue allemande;
- 2° les associations de communes, à l'exception de celles à finalité économique et le parc à conteneurs dont le siège se trouve en région de langue allemande;
- 3° les régies communales autonomes dont le siège se trouve en région de langue allemande et qui sont actives dans les domaines de la culture, du sport, du tourisme ou des loisirs, dans l'enseignement ou les affaires sociales, ou dans les secteurs économique ou de la santé;
- 4° les CPAS, les associations de CPAS et les intercommunales de CPAS dont le siège se trouve en région de langue allemande;
- 5° les zones pluricommunales mentionnées dans l'article 9 de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux.

Le Gouvernement peut étendre le champ d'application à d'autres autorités.

Sous-section 2 – Durée, montant et liquidation de la subvention

Art. 25 – Dans la limite des crédits budgétaires disponibles à cette fin, le Gouvernement peut, conformément aux conditions fixées par lui et dans le cadre d'un accord conclu avec l'employeur, accordé un budget destiné à l'occupation de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS. Le Gouvernement peut octroyer des subventions AktiF ou AktiF PLUS dans les limites de ce budget. Cet accord est conclu pour une durée renouvelable de cinq ans maximum à chaque fois.

Le Gouvernement fixe le budget mis à disposition des employeurs en se basant sur des critères objectifs.

Art. 26 – § 1^{er} – Dans le cas d'un nouvel engagement, la subvention AktiF mentionnée à l'article 25 s'élève à 1 000 euros par mois.

À partir du 13^e mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF s'élève à 917 euros par mois.

§ 2 – Dans le cas d'un nouvel engagement, la subvention AktiF PLUS mentionnée à l'article 25 s'élève à 1 833 euros par mois.

À partir du 13^e mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF PLUS s'élève à 1 750 euros par mois.

§ 3 – Si un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est, au début de la mesure de formation règlementaire, en possession de l'attestation et est occupé par le même employeur au terme de celle-ci, ladite attestation ne doit pas être renouvelée pour l'octroi de la subvention mentionnée à l'article 11.

§ 4 – Le Gouvernement peut :

1° fixer d'autres critères de subventionnement;

2° déterminer ce qu'il faut entendre par « nouvel engagement ».

Art. 27 – Le budget mentionné à l'article 25 est liquidé mensuellement en douzièmes par le Gouvernement sous forme d'avances récupérables.

L'octroi des subventions AktiF et AktiF PLUS s'effectue conformément aux conditions fixées dans l'article 16.

Art. 28 – Le budget fixé par le Gouvernement est mis à disposition des communes mentionnées à l'article 24, 1°, qui peuvent le céder, en tout ou partie, à d'autres employeurs qui exercent une activité sur leur territoire ou pour ladite commune en question. Cette cession est consignée dans la convention prévue à l'article 25.

Cette cession englobe tous les droits et devoirs de la commune dans le cadre du présent décret et de ses arrêtés d'exécution.

Chapitre 5 – Incompatibilités

Art. 29 – Dans le cadre du même contrat de travail, les subventions AktiF pour l'occupation d'un bénéficiaire des mesures AktiF ne peuvent pas être cumulées.

Dans le cadre du même contrat de travail, les subventions AktiF PLUS pour l'occupation d'un bénéficiaire des mesures AktiF PLUS ne peuvent pas être cumulées.

Dans le cadre du même contrat de travail, les subventions AktiF PLUS pour l'occupation d'un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS ne peuvent pas être cumulées.

Art. 30 – Si l'employeur reçoit des subventions AktiF ou AktiF PLUS en application du chapitre 3, aucun changement dans le champ d'application du chapitre 4 pour le même bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS n'est possible.

Si l'employeur reçoit des subventions AktiF ou AktiF PLUS en application du chapitre 4, aucun changement dans le champ d'application du chapitre 3 pour le même bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS n'est possible.

Art. 31 – Les subventions AktiF et AktiF PLUS ne peuvent être cumulées avec celles octroyées en application de l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale.

Art. 32 – Les subventions AktiF et AktiF PLUS mentionnées dans le chapitre 4 ne peuvent être cumulées avec les titres-services mentionnés dans la loi du 20 juillet 2001 visant à favoriser le développement de services et d'emplois de proximité.

Art. 33 – Le Gouvernement peut fixer d'autres interdictions de cumul et exceptions.

Chapitre 6 – Avertissement, mise en demeure, suspension et suppression des subventions

Art. 34 – § 1^{er} – L'octroi des subventions est subordonné au respect des obligations et conditions fixées dans le présent décret qui sous-tendent l'octroi desdites subventions AktiF ou AktiF PLUS.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, l'octroi des subventions est subordonné au respect des dispositions applicables à l'employeur dans les domaines de la non-discrimination, la comptabilité et des droits en matière fiscale, sociale et du travail.

§ 2 – Les employeurs qui perçoivent indûment des subventions ne sont pas subventionnés.

Un employeur est censé percevoir indûment des subventions au sens de l'alinéa 1^{er}, lorsqu'il réalise, par l'acte juridique ou l'ensemble des actes juridiques qu'il pose, le cas échéant, en collaboration avec un membre du personnel ou un autre tiers, une opération par laquelle il ouvre le droit à un subventionnement dans le cadre d'une disposition du présent décret dont l'octroi serait en contradiction avec l'objectif de ladite disposition, et qui vise essentiellement le bénéfice de ce subventionnement.

Par dérogation aux alinéas 1^{er} et 2, une subvention est censée ne pas être perçue indûment lorsque l'employeur prouve que le choix de l'acte juridique ou de l'ensemble des actes juridiques mentionnés à l'alinéa 2 est motivé par d'autres raisons que la volonté de percevoir des subventions.

§ 3 – Le Gouvernement peut :

1° préciser les dispositions mentionnées dans le § 1^{er}, alinéa 2;

2° fixer d'autres obligations destinées au maintien de l'octroi des subventions.

Art. 35 – Si le Gouvernement constate que l'employeur ne respecte pas une ou plusieurs obligations ou conditions, il l'enjoint, conformément aux modalités fixées par lui, à présenter par écrit ses observations sur les faits constatés.

Sans préjudice de l'application des dispositions pénales prévues au chapitre 7 et de l'article 104, § 3, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le Gouvernement peut adresser un avertissement à un employeur ou le mettre en demeure ainsi que suspendre temporairement l'octroi de subventions ou le supprimer.

Le Gouvernement peut :

1° fixer la procédure d'avertissement, de mise en demeure, de suspension et de suppression;

2° fixer une liste de faits qui excluent l'employeur, pour une durée indéterminée, de l'application du présent décret.

Art. 36 – L'employeur dont les subventions ont été suspendues ou supprimées peut introduire une plainte auprès du Gouvernement. Cette plainte doit être envoyée par recommandé dans un délai d'un mois à compter de la notification de la décision en question.

Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités de procédure de plainte.

Art. 37 – Le contrôle de l'utilisation des subventions octroyées et, le cas échéant, de leur répétition s'opère conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

Chapitre 7 – Dispositions pénales

Art. 38 – Est passible d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros, quiconque, dans le but d'obtenir ou de faire obtenir, de conserver ou de faire conserver une subvention indue :

1° a commis un faux en écriture, soit par fausses signatures, soit par contrefaçon ou altération d'écritures ou de signatures, soit par fabrication de conventions, dispositions, obligations ou décharges ou par leur insertion dans un acte, soit par addition ou altération de clauses, de déclarations ou de faits que cet acte avait pour objet de recevoir ou de constater;

2° a fait usage d'un acte faux ou d'une pièce fausse;

3° a commis un faux, en introduisant dans un système informatique, en modifiant ou en effaçant des données, qui sont stockées, traitées ou transmises par un système informatique, ou en modifiant par tout moyen technologique l'utilisation possible de données dans un système informatique, et par là, a modifié la portée juridique de telles données;

4° a fait usage des données ainsi obtenues, tout en sachant que celles-ci étaient fausses.

Art. 39 – Est puni conformément à l'article 38 quiconque a sciemment et volontairement :

1° fait une déclaration inexacte ou incomplète pour obtenir ou faire obtenir, pour conserver ou faire conserver une subvention indue;

2° omis ou refusé de faire une déclaration à laquelle il est tenu ou de fournir les informations qu'il est tenu de donner pour obtenir ou faire obtenir, pour conserver ou faire conserver une subvention indue;

3° reçu une subvention à laquelle il n'a pas droit ou n'a que partiellement droit à la suite d'une déclaration mentionnée au 1°, de l'omission ou du refus de faire une déclaration ou de fournir des informations visées au 2°, ou d'un acte visé à l'article 38.

Art. 40 – Est puni conformément à l'article 38 quiconque, dans le but d'obtenir ou de faire obtenir, de conserver ou de faire conserver une subvention indue, a fait usage de faux noms, de faux titres ou de fausses adresses, ou a recouru à toute manœuvre frauduleuse pour faire croire à l'existence d'une fausse personne, d'une fausse entreprise ou de tout autre évènement fictif ou pour abuser d'une autre manière de la confiance.

Art. 41 – Les décimes additionnels mentionnés à l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, de la loi du 5 mars 1952 relative aux décimes additionnels sur les amendes pénales s'appliquent aux amendes administratives mentionnées dans le présent chapitre.

En cas d'amende administrative, le Gouvernement mentionne, dans sa décision, la multiplication en vertu de la loi précitée du 5 mars 1952 ainsi que le montant résultant de cette augmentation.

Art. 42 – En cas de sanction des infractions mentionnées dans le présent chapitre, les dispositions du Livre I^{er}, Titre 6, chapitres 3 et 4, du Code pénal social s'appliquent.

Chapitre 8 - Rapport

Art. 43 – Au 30 juin de l'année qui suit celle de l'application, le Gouvernement rédige un rapport annuel concernant l'application du présent décret. Il transmet ce rapport au Parlement.

Chapitre 9 – Dispositions finales

Art. 44 – À l'article 1^{er} de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux, modifié par le décret du 27 avril 2009, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Pour l'application du présent arrêté est considéré comme autorité locale le parc à conteneurs, à savoir un site clôturé dûment autorisé et surveillé où est opéré l'accueil sélectif des déchets et où ceux-ci sont triés et répartis dans des conteneurs selon leur nature, puis écoulés vers des centres qui procèdent soit à leur valorisation s'ils sont récupérables, soit à leur élimination s'ils ne le sont pas. »

Art. 45 – Dans la loi-programme du 30 décembre 1988 sont abrogés :

1° le titre III, chapitre II, comportant les articles 93 à 101, modifié en dernier lieu par la loi du 24 avril 2014;

2° le titre III, chapitre II^{ter}, comportant l'article 101^{quater}, inséré par le décret du 25 juin 2007.

Art. 46 – À l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret de la Région wallonne du 5 février 1998 relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 13° est abrogé;

2° l'alinéa est complété par un 26° rédigé comme suit :

« 26° le décret du ****date du présent décret**** relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi ainsi que ses arrêtés d'exécution ».

Art. 47 – L'article 339 de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, modifié en dernier lieu par le ****décret-programme 2018****, est remplacé par ce qui suit :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 2°, le nombre « 54 » est remplacé par le nombre « 55 »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« La réduction groupe-cible prend fin le premier jour du trimestre qui suit celui au cours duquel les travailleurs atteignent l'âge légal de la retraite. »

Art. 48 – Dans la même loi-programme sont abrogés :

- 1° les articles 340 et 341;
- 2° le titre IV, chapitre 7, section 3, sous-section 5, comportant les articles 346 et 347, modifié en dernier lieu par la loi du 27 décembre 2012;
- 3° le titre IV, chapitre 7, section 3, sous-section 7, comportant l'article 353bis, inséré par la loi du 22 décembre 2003 et modifié par les lois des 19 juin 2009 et 4 juillet 2011.

Art. 49 – Les articles 9 et 10 du décret de crise du 19 avril 2010 sont abrogés.

Art. 50 – À l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale, sont abrogés :

- 1° l'article 7;
- 2° l'article 8, modifié par les arrêtés royaux des 21 janvier 2004 et 28 mars 2007;
- 3° l'article 9, modifié par les arrêtés royaux des 21 janvier 2004, 17 juillet 2013 et 26 janvier 2014;
- 4° l'article 10, modifié par les arrêtés royaux des 21 janvier 2004 et 28 mars 2007;
- 5° l'article 11, modifié par les arrêtés royaux des 21 janvier 2004 et 28 mars 2007;
- 6° l'article 13;
- 7° l'article 14bis, alinéa 1^{er}, inséré par l'arrêté royal du 21 janvier 2004 et modifié par l'arrêté royal du 28 mars 2007;
- 8° le titre III, chapitre V, comportant les articles 17 à 20, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 24 janvier 2013;
- 9° le titre III, chapitre VII, comportant les articles 28/1 à 28/1ter, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 18 août 2011.

Art. 51 – Sont abrogés :

- 1° l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017;
- 2° l'arrêté royal du 19 décembre 2001 de promotion de mise à l'emploi des demandeurs d'emploi de longue durée, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 22 juin 2017;
- 3° l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017;
- 4° l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale qui est engagé dans le cadre du plan Activa, modifié par les arrêtés royaux des 23 décembre 2002, 11 septembre 2003 et 1^{er} avril 2004;
- 5° l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière qui est engagé dans le cadre du plan Activa, modifié par les arrêtés royaux des 23 décembre 2002 et 1^{er} avril 2004;
- 6° l'arrêté royal du 29 mars 2006 d'exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 relatif à la sécurité sociale des travailleurs pour la promotion de mise à l'emploi des jeunes moins qualifiés ou très peu qualifiés, modifié par les arrêtés royaux des 20 juillet 2006 et 2 mai 2007;
- 7° l'arrêté du Gouvernement du 29 avril 2010 instaurant un programme visant la mise au travail de travailleurs âgés dans le secteur marchand privé, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 29 septembre 2017.

Art. 52 – Le Gouvernement peut fixer des règles qui limitent ou abrogent, en tout ou partie, les dispositions relatives à l'activation de l'allocation de travail et aux réductions de cotisations de sécurité sociale, fixées dans les textes suivants :

1° l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

2° l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer;

3° l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale mis au travail dans une initiative d'insertion sociale;

4° l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans un programme de transition professionnelle;

5° l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale.

Art. 53 – Pour les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, les réductions pour groupe-cible continuent à être octroyées aux employeurs telles qu'elles sont fixées dans les articles 340 à 341, 346, 347 et 353bis de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002 ou dans leurs dispositions exécutoires, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

Art. 54 – Sans préjudice de l'application de l'article 55, les employeurs qui occupent des travailleurs dans le cadre de l'arrêté du Gouvernement de la Région wallonne du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, sont soumis, pour ces travailleurs, à l'application du présent décret, à l'exception du montant des primes payables annuellement, elles-mêmes soumises à l'application des articles 4 et 5 de l'arrêté susmentionné dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018. Le nombre de postes, exprimé en équivalents temps plein, octroyés aux employeurs en application de l'arrêté susmentionné continuent à l'être pendant six mois après le terme du contrat de travail conclu avec les travailleurs susmentionnés, pour autant qu'un nouvel engagement ait lieu pendant cette période en application du chapitre 4, section 1^{re}, du présent décret.

Art. 55 – Pour les établissements d'enseignement organisés, reconnus ou subventionnés par la Communauté germanophone, les dispositions mentionnées au Titre III, chapitre II, de la loi-programme du 30 décembre 1988 ainsi que les dispositions exécutoires correspondantes, chacune dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018, continuent de s'appliquer.

Art. 56 – Les employeurs qui occupent des travailleurs dans le cadre de l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés, entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, sont soumis, pour ces travailleurs, à l'application du présent décret, à l'exception du montant des primes qui continuent à être soumises à l'application des articles 5 à 7 de l'arrêté du Gouvernement susmentionné, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

Art. 57 – Les employeurs qui, en application de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi et de l'arrêté royal du 30 mars 2000 d'exécution des articles 26, 27, alinéa 1^{er}, 2°, 30, 39, § 1^{er} et § 4, alinéa 2, 40, alinéa 2, 40bis, alinéa 2, 41, 43, alinéa 2, et 47,

§ 1^{er}, alinéa 5, de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi – et dans le cadre d'une convention de premier emploi du projet global « Assistance dans le cadre de projets d'économie sociale » – occupent des travailleurs, entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, continuent à recevoir l'intervention dans les coûts salariaux prévue par ladite convention jusqu'au terme du contrat de travail conclu avec ces travailleurs. Le nombre de postes, exprimé en équivalents temps plein, octroyés aux employeurs dans le cadre de la convention susmentionnée continuent à l'être pendant six mois après le terme du contrat de travail conclu avec les travailleurs susmentionnés, pour autant qu'un nouvel engagement ait lieu pendant cette période en application du chapitre 4, section 1^{re}, du présent décret.

Art. 58 – Les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret continuent à recevoir l'allocation de travail conformément aux conditions mentionnées dans l'arrêté royal du 19 décembre 2001 de promotion de mise à l'emploi des demandeurs d'emploi de longue durée et dans l'arrêté royal du 29 mars 2006 d'exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 relatif à la sécurité sociale des travailleurs pour la promotion de mise à l'emploi des jeunes moins qualifiés ou très peu qualifiés, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

Le Gouvernement fixe les autres modalités transitoires.

Art. 59 – Pour les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, les employeurs continuent à recevoir l'intervention financière du CPAS conformément aux conditions mentionnées dans l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale qui est engagé dans le cadre du plan Activa et dans l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière qui est engagé dans le cadre du plan Activa, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

Art. 60 – Les employeurs qui occupent des travailleurs, entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, dans le cadre d'un accord bilatéral concernant l'emploi des jeunes dans le secteur non-marchand, en application de l'article 7 du décret du 14 décembre 2017 contenant le budget des recettes et le budget général des dépenses de la Communauté germanophone pour l'année budgétaire 2018, continuent à recevoir l'intervention dans les coûts salariaux prévue dans ledit accord jusqu'au terme du contrat de travail conclu avec ces travailleurs. Le nombre de postes, exprimé en équivalents temps plein, octroyés aux employeurs dans le cadre de l'accord susmentionné continuent à l'être pendant six mois après le terme du contrat de travail conclu avec les travailleurs susmentionnés, pour autant qu'un nouvel engagement ait lieu pendant cette période en application du chapitre 4, section 1^{re}, du présent décret.

Art. 61 – Dans l'hypothèse où un travailleur bénéficie, dans une autre région, d'une activation de l'allocation de travail en application de dispositions fédérales abrogées par ou en vertu du présent décret, et installe sa résidence en région de langue allemande, le bénéfice de ladite activation susmentionnée est maintenu au profit de ce travailleur conformément aux dispositions autrefois fédérales, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

Dans l'hypothèse où un travailleur bénéficie, dans une autre région, d'une réduction de cotisations de sécurité sociale en application de dispositions fédérales abrogées par ou en vertu du présent décret après son entrée en service, et est transféré vers une unité d'établissement située en région de langue allemande ou, si son employeur ne dispose pas

d'unité d'établissement en Belgique, est principalement occupé sur le territoire de la région de langue allemande, l'octroi de ladite réduction de cotisations de sécurité sociale susmentionnée est maintenu conformément aux dispositions autrefois fédérales, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

Les alinéas 1^{er} et 2 ne s'appliquent pas lorsque l'entrée en service du travailleur, respectivement à l'origine de l'activation de l'allocation de travail ou des réductions de cotisations de sécurité sociale, a eu lieu après l'abrogation des dispositions fédérales y visées par la Région dans laquelle étaient situées respectivement sa résidence principale ou l'unité d'établissement au sein de laquelle il est occupé.

Art. 62 – Les subventions, réductions et aides octroyées dans le cadre de ce chapitre ne peuvent être cumulées avec les subventions AktiF et AktiF PLUS.

Art. 63 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2019, à l'exception des articles 49 et 51, 7°, qui entrent en vigueur le 1^{er} avril 2020.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS

**SEKTORENAUSSCHUSS XIX
DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

Protokoll S8/2017

**Protokoll der Verhandlungsergebnisse der Sitzung des Sektorenausschusses XIX vom
18. Dezember 2017**

Dekretvorentwurf zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung.

Es wurde Einvernehmen erzielt.

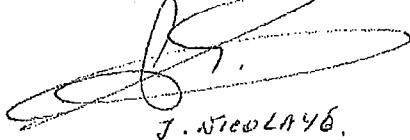
Eupen, 18. Dezember 2017

Die Gewerkschaften

Für die C.S.C.



Für die C.G.S.P.

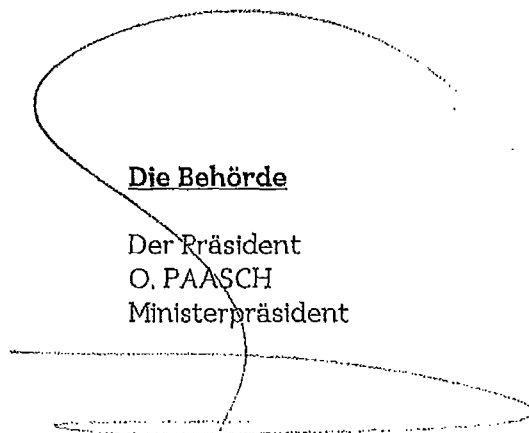


J. Nieuwlaeye

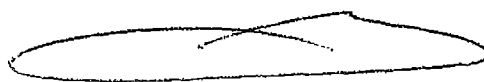
Für die S.L.F.P.

Die Behörde

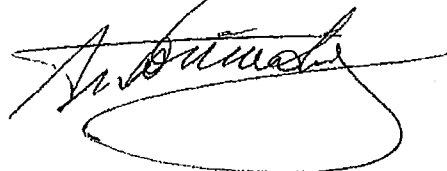
Der Präsident
O. PAASCH
Ministerpräsident



I. WEYKMANS
Vize-Ministerpräsidentin



A. ANTONIADIS
Minister



H. MOLDERS
Minister



N. HEUKEMES
Generalsekretär

